

Nächste Runde!



DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**September
2005**

Inhalt:

Auf ein Neues!

Ein Ausblick auf das Schuljahr 2005/2006

von Gele Neubäcker S. 3

Das Ministerium schickte einen Test – und hätte ihn besser behalten sollen

Was sagt uns der letztjährige Jahrgangsstufentest Deutsch an bayerischen Hauptschulen?

von Ernst Wilhelm S. 5

G 8 – das fremdfinanzierte Prestigeprojekt

Kultusministerium betreibt flächendeckenden Fördergeldmissbrauch

von Oskar Brückner S. 6

PISA E – ein Vorbericht nur für den Wahlkampf

Das PISA-Konsortium lässt sich von der Politik instrumentalisieren

von Oskar Brückner S. 7

Von Pen Green lernen: Förderung der Kleinsten ist mehr als Sprachförderung

von Brigitte Schumann S. 10

Bayerische Verhältnisse: Private und kommunale Finanzkraft bestimmen über den Bildungserfolg

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 12

Verordnung und Widerstand

Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (KiBiG)

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 14

Probleme beim Übergang

Zum TVöD und TVÜ

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 16

Exotik als pädagogischer Event

EthnologInnen-Team machte Feldforschung im »African Village« im Augsburgener Zoo

von Ute Schmitt S. 17

Zweierlei Maß

Auch zum 25. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats bestehen erhebliche Zweifel an einer Alleintäterschaft

von David Shiva S. 18

Dies und Das S. 20

Verschiedenes S. 22

Glückwünsche S. 23

Kontakte S. 24

KollegInnen, die im Bereich ambulante Jugendhilfe (Erziehungsbeistandschaft, sozialpädagogische Familienhilfe etc.) arbeiten, meldet euch bitte beim Sozialpädagogischen Büro, weil wir diesen Bereich bisher nicht präzise erfasst haben. Bitte mit Anschrift des Arbeitsgebers und des Tarifbereiches. Tel. 0911/289204, Fax: 0911/289206, GEWSozPaed@t-online.de

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Der Staat ist arm. Das erklärt man uns täglich, wenn es darum geht, die Kürzungen bei öffentlichen Aufgaben zu begründen. Deshalb müssen LehrerInnen länger arbeiten, Kitas und Hochschulen werden betriebswirtschaftlichen Modellen unterworfen, die berufliche Weiterbildung wird ausgehungert und soziale Träger bängen um die Finanzierung ihrer Projekte. Immer größere Anteile gesellschaftlicher Daseinsvorsorge sollen die NutzerInnen privat finanzieren. Staatliche Subventionen sind Teufelszeug, denn: Der Staat ist arm. Doch siehe da, plötzlich kann er 115 Millionen Euro locker machen. Wofür? »Breitere und günstiger platzierte Türen, höhere Decken, verfeinerte Leuchtechnik – der Transrapid soll in den nächsten Jahren konsequent für den Gebrauch im Nahverkehr weiterentwickelt werden.« (SZ 22.8.05). Warum? Das Magnetbahn-Konsortium braucht den Transrapid zum Münchner Flughafen als Referenzprojekt zur Ankurbelung seines schleppenden Umsatzes. Da ist nicht relevant, dass niemand diesen Transrapid will – außer den beteiligten hochprofitablen Konzernen Siemens und Thyssen-Krupp*, dem bayerischen Wirtschaftsminister sowie seinem Bundes-Kollegen im Verkehrsressort. Die Subventionen dafür sind schon vertraglich vereinbart. Oh, Pardon! Das heißt ja nicht Subventionen, das heißt Forschungsförderung. Armer Staat?

Karin Just

* »Thyssen-Krupp verdreifacht den Gewinn« (Hamburger Abendblatt, 24.8.2005)
Siemens erzielte 2004 einen Gewinnzuwachs von 39 % auf 3,4 Milliarden Euro.

Bundesfachtagung:

Niemanden zurücklassen!

Integration durch Schulsozialarbeit an Ganztagschulen 27. und 28. September 2005

Recklinghausen • Ruhrfestspielhaus

Durch den Ausbau von Ganztagschulen weitet sich das Arbeitsfeld der Schulsozialarbeit aus. Ganztagschulen brauchen, mehr noch als Halbtagschulen, sozialpädagogische Fachkräfte. In den nächsten Monaten werden Weichen gestellt: Gelingt es, Schulsozialarbeit auf Dauer qualifiziert zu etablieren oder wird der Ganztagsbetrieb zur »Schule mit Suppenküche« mit möglichst billigem, flexiblem Personaleinsatz.

Die Bundesfachtagung will, aufbauend auf den Erfahrungen der langen Schulsozialarbeitsgeschichte in NRW und unter Einbeziehung von Erfahrungen aus anderen Bundesländern

- die verschiedenen pädagogischen Konzepte diskutieren
- ihre Wirksamkeit hinsichtlich des Anspruchs der Integration Benachteiligter prüfen
- Standards von strukturellen Rahmenbedingungen formulieren
- das Verhältnis von Lehrkräften und SozialpädagogInnen reflektieren
- und schließlich pädagogische Reformen unter dem Gesichtspunkt vorantreiben, wie schulische Pädagogik in Kooperation von Jugendhilfe und Schule so weiterentwickelt werden kann, dass Kindern und Jugendliche erfolgreiche Bildungsprozesse ermöglicht werden.

Weitere Informationen und Anmeldung:

GEW Abteilung Jugendhilfe, Reifenbergerstr. 21, 60489 Frankfurt am Main
juhi@gew.de • Fax: 069/7 89 73-103

www.gew.de > von der Startseite führt ein Link zur Fachtagung. Dort gibt es konkretere Informationen zu Programm und Teilnahmemodalitäten.

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 389487
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: Franz Harter

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

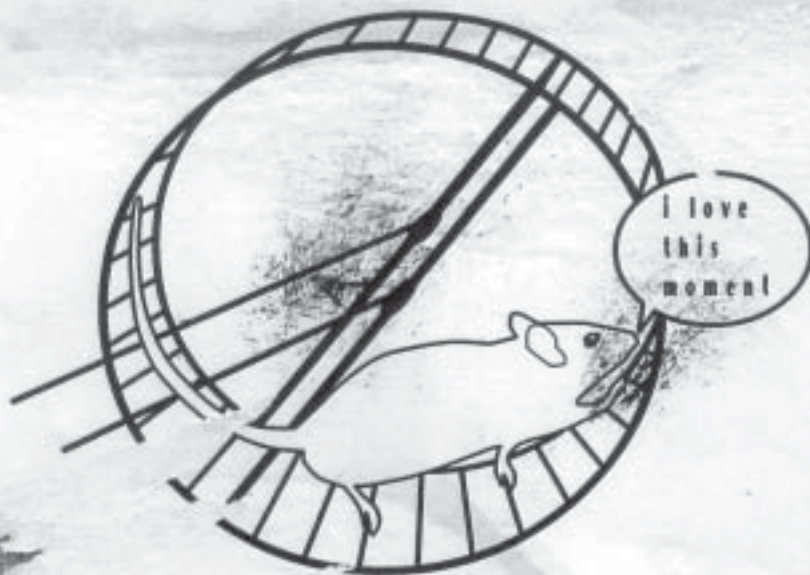
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Auf ein Neues!

Foto: Robert Michel

Alles ist im Wandel! Auch die bayerischen Schulen sind keine starren Systeme. Jährlich gibt es Änderungen. Längst haben wir uns daran gewöhnen müssen, dass Neuerungen, auch wenn sie »Reformen« heißen, in der Regel die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler sowie die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer und aller anderen in der Schule Tätigen verschlechtern. Ein Ausblick auf das Schuljahr 2005/2006.

Pensionierungen ermöglichen Neueinstellungen

Das KM rühmt sich mit knapp 4300 Neueinstellungen zum Schuljahr 2005/2006. Das seien rund 700 mehr als im Vorjahr. Auch wenn dies gut klingt, verbirgt sich dahinter eine eher traurige Bilanz: Von ca. 5800 Bewerberinnen und Bewerbern haben etwa 3200 oder rund 55 % beste Aussichten auf einen sicheren Arbeitsplatz in der Schule. 1087 Bewerberinnen und Bewerber (das sind knapp 20 %) erhalten befristete Arbeitsverträge (z. T. Teilzeitverträge) für ein Jahr, ohne sichere Perspektive. Etwa 1500 Bewerberinnen und Bewerber oder mehr als ein Viertel gehen leer aus. Dazu kommt noch eine nicht bekannte Zahl von erfolgreich ausgebildeten Bewerberinnen und Bewerbern, die den Notendurchschnitt von 3,5 nicht erreicht haben.

Die Anteile der in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im staatlichen Schuldienst Eingestellten sind für die einzelnen Schularten sehr unterschiedlich: Grundschulen knapp 60 %, Hauptschulen 100 %, Förderschulen etwa 16 %, Realschulen rund 44 %, Gymnasien etwa 60 % und Lehramt an beruflichen Schulen ca. 26 %. Von 26 erfolgreich ausgebildeten Förderlehrerinnen und -lehrern werden

zehn übernommen, und bei den Fachlehrerinnen und Fachlehrern gibt es wieder eine Warteliste. Die für eine unbefristete Übernahme erforderlichen Notendurchschnitte liegen für den aktuellen Prüfungsjahrgang zwischen 1,3 für die Förderschule (SH) und 3,5 für die Hauptschule.

Was Kultusminister Schneider nicht bekannt gibt, ist die Zahl der Pensionierungen. Da von zusätzlichen oder neuen Beschäftigungsmöglichkeiten diesmal nicht die Rede ist, ist zu vermuten, dass die Zahl der Pensionierungen höher liegt als die der Neueinstellungen, bei einer z. T. steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern.

Arbeitszeitkonto jetzt auch an Gymnasien und beruflichen Schulen

Das zur »Untertunnelung des Schülerbergs« gegen den berechtigten Widerstand aller Betroffenen durchgesetzte, verpflichtende Arbeitszeitkonto greift nun auch an staatlichen Gymnasien und beruflichen Schulen. Während an den anderen Schularten gilt, fünf Jahre ansparen, drei Jahre warten, fünf Jahre Rückgabe, soll die Wartezeit an Gymnasien nur ein Jahr betragen.

Sparen kontra soziale Integration

Leistungsunterschiede zwischen bayerischen Schülerinnen und Schülern sind in erster Linie mit ihrer sozialen Herkunft zu erklären. Die Politik setzte sich deshalb – wenn auch nur in Absichtserklärungen – zum Ziel, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche besser zu fördern. Tatsächlich aber passiert das Gegenteil: Eine Leihgebühr, das sog. »Büchergeld« von 20 Euro pro Grundschulkind und 40 Euro

ab der fünften Klasse, wird jedes Jahr erhoben. Soziale Ungleichheit rückt in den Focus, wenn von den Schulen abzuklären ist, wer »zahlungskräftig« ist, und wer öffentliche Unterstützung braucht und somit vom Büchergeld ausgenommen ist. Der zu erwartende Verwaltungsaufwand für Schulleitung, Lehrkräfte und Hausmeister ist eine Zumutung und wirkt kontraproduktiv zur beabsichtigten Vereinfachung.

Kontrolle, Kontrolle, Kontrolle

Ab sofort müssen Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen Schulen mit unangekündigten Unterrichtsbesuchen ihrer Schulleiterinnen und Schulleiter, ggf. zusätzlich durch den Schulrat oder die Schulrätin rechnen. Das Beurteilungskarussell läuft an. Ende 2006 sind die dienstlichen Beurteilungen nach den neuen Richtlinien vom Mai 2005 zu erstellen. Nun sind auch an Grund-, Haupt- und Förderschulen Schulleiter und Schulleiterinnen für Beurteilungen zuständig und verantwortlich. Es gibt wieder sieben Stufen, die 16-Punkte-Regelung ist »out«. An Grund- und Hauptschulen haben A 12-Lehrerinnen und -lehrer (wenn sie bereits mindestens eine Regelbeurteilung haben) die Wahl zwischen einer Beurteilung mit einem »Prädikat« aus den sieben Stufen und einem »vereinfachten Leistungsbericht« ohne Prädikat. Beurteilungen sollen alle vier Jahre stattfinden. Ob die vorliegenden neuen Richtlinien auch 2010 noch angewandt werden, kann bezweifelt werden. Eine »Dienstrechtsreform« steht an, unabhängig vom Ergebnis der Bundestagswahlen. Wesentliche Kräfte aus Wirtschaft und Politik fordern einen Ausbau der sog. Leistungsbesoldung. Deren Realisierung hätte eine erneute wesentliche Änderung des Beurteilungswesens zur Folge. Das bayerische Finanzministerium sieht aus diesem Grund derzeit von einer Reform des Beurteilungswesens in den anderen Ressorts ab.

Aber nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, auch ganze Schulen werden benotet: 34 mindestens dreiköpfige »Evaluationsteams« reisen 2005/2006 durch die bayerische Schullandschaft, um Schulen unter der Fragestellung zu beurteilen, »ob ihre Arbeit und das von ihr Erreichte mit ihren eigenen Absichten, Vorhaben und Plänen und mit den für alle Schulen geltenden allgemeinen Vorhaben übereinstimmen«. Der Unterricht der Evaluatorinnen und Evaluatoren muss während ihres Einsatzes vertreten werden. Für die Schulen sind Noten von eins bis vier im Gespräch.

Schulstrukturen sind nicht tabu!

Dieses Tabu wird uns nur stets dann entgegengehalten, wenn wir einen Zusammenhang zwischen den erfolgreichen PISA-Ländern und deren Schulsystem herstellen. Tatsächlich aber werden Schulstrukturen in Bayern beinahe jährlich verändert: Einführung der R 6 und des G 8, M-Klassen und P-Klassen an Hauptschulen ...

Neueste Beispiele:

- Die Schließung der Teilhauptschulen: Ein Sparprogramm

von 15 Millionen Euro wird im Nachhinein mit pädagogischen Argumenten begründet und schmackhaft gemacht. Komplette Hauptschulen von Klasse fünf bis neun bzw. zehn würden zu einer besseren Akzeptanz der Hauptschule als »weiterführende Schule« führen, Kindern würde u. U. ein weiterer Schulwechsel erspart, Kinder würden sich besser mit ihrer Schule identifizieren, wenn sie länger dorthin gingen u. a. m. In manchen Städten mag diese Umstrukturierung sinnvoll sein, wenn sie Kindern tatsächlich einen Schulwechsel erspart. In ländlichen Regionen dagegen müssen Kinder weite Schulwege bereits ab der fünften Klasse in Kauf nehmen und haben dadurch nur Nachteile. Eine Umstrukturierung bisheriger Teilhauptschulen zu »Außenklassen« anderer Hauptschulen ist verwaltungstechnisch aufwändig und im schulischen Alltag nicht praktikabel.

- Jahrgangsübergreifende Eingangsklassen: Dort, wo es sparen hilft, nimmt auch die Staatsregierung die pädagogische Bereicherung durch heterogene Lerngruppen zur Kenntnis. Die Lernergebnisse solcher kombinierter Eingangsklassen seien gleich gut, die soziale Kompetenz der Kinder besser als in Jahrgangsklassen. Wir begrüßen den »Einstieg« in einen offeneren Umgang mit heterogenen Lerngruppen unter der Voraussetzung, dass ausreichende pädagogische und materielle Ressourcen für die notwendige individuelle Förderung aller Kinder zur Verfügung gestellt werden.

Aufnahmeprüfung für die Grundschule?

Ab Herbst 2006 sollen nur Kinder, die ausreichend Deutsch sprechen, in die Schule gehen dürfen. Lehrerinnen und Lehrer sollen die Deutschkenntnisse von Kindern bereits im Kindergarten überprüfen und Kinder ggf. zu einem weiteren Kindergartenjahr verpflichten: ein völlig unausgegorener Vorschlag und zudem kontraproduktiv zur politischen Entscheidung, immer jüngere Kinder einzuschulen. Was passiert mit Kindern, die nach einem weiteren Kindergartenjahr noch immer nicht gut Deutsch sprechen? Müssen sie noch einmal in den Kindergarten, und ist die Einschulung dann mit acht, neun Jahren? Wer bezahlt für das verpflichtende Kindergartenjahr? Oder ist dies der politische Einstieg in das verpflichtende und damit für Eltern kostenfreie Kindergartenjahr vor der Einschulung?

Die neuen Grundschulzeugnisse sollen auch in den dritten und vierten Klassen eingeführt werden. Mit viel Aufwand formulieren Lehrerinnen und Lehrern den Förderbedarf von Kindern. Die Schule übernimmt jedoch keinerlei Verantwortung für die notwendige Förderung der einzelnen Kinder, sondern überträgt diese auf die Eltern.

Sortieren, auslesen, zuweisen

Die Selektion wird immer mehr auf die Spitze getrieben. Traditionell können Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen Kinder und Jugendliche abweisen. Für die

Aufnahme in M-Klassen der Hauptschulen gelten strenge Kriterien und auch Praxisklassen nehmen bei weitem nicht alle Bewerberinnen und Bewerber auf. Förderschulen prüfen längst sehr genau, welches Kind zu ihrem Profil passt und welches nicht und damit nicht aufgenommen wird. Jetzt auch die Grundschulen. Bleibt von den zahllosen Schubladen, in die bayerische Schülerinnen und Schüler einsortiert werden, eine einzige, in die man ohne spezielle »Eignung« eingewiesen werden kann: die Regelklasse der Hauptschule! Hauptschule als Restschule?

Personalratswahlen 2006

Nach Ablauf des kommenden Schuljahres endet die Amtszeit der Personalvertretungen. Im Mai werden Neuwahlen stattfinden. Voraussichtlich wird das Personalver-

tretungsgesetz noch vor den Wahlen in einigen Punkten geändert. Für uns relevant ist die beabsichtigte Verlängerung der Amtszeit auf fünf Jahre und die Zusammenfassung der bisherigen Gruppen »Arbeiter« und »Angestellte« zur Gruppe »Arbeitnehmer«. Wir fordern zudem, alle Schulleiterinnen und Schulleiter von der Wählbarkeit auszuschließen. Insbesondere seit der Übertragung der Zuständigkeit für die dienstliche Beurteilung nähern sich Aufgaben und Tätigkeiten der Schulleiterinnen und Schulleiter an Grund-, Haupt- und Förderschulen immer mehr denen ihrer Kolleginnen und Kollegen anderer Schularten an. Deshalb gehören Mitglieder von Schulleitungen nicht in den Personalrat!

von Gele Neubäcker

stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern
und Mitglied im HPR



Das Ministerium schickte einen Test – und hätte ihn besser behalten sollen



Was sagt uns der letztjährige Jahrgangsstufentest Deutsch an bayerischen Hauptschulen?

von Ernst Wilhelm

Hauptschullehrer im Landkreis Bamberg, Mitglied im Bezirkspersonalrat und Vorsitzender der GEW Oberfranken

Kurz nach Beginn des neuen Schuljahres ist es wieder soweit: Bayerns Schulen erhalten Testvorlagen und Bearbeitungsvorgaben, die Kopierer laufen heiß und die LehrerInnen ahnen, dass die stundenlangen Korrekturarbeiten keine neuen Erkenntnisse zeitigen werden: Test korrigiert, Statistik ausgefüllt, weitermachen unter den Bedingungen des Mangels!

Das bayerische Kultusministerium will außer den internationalen Tests auch selbst gestrickte Aufgaben zu den schulischen Hauptfächern stellen. Angeblich lassen sich auf diese Weise wichtige Erkenntnisse über den Leistungsstand der Landeskinder gewinnen.

Die Testvorlage für den 12-seitigen Deutsch-Test für die 8. Klassen der Hauptschulen sagte jedoch mehr über den Leistungsstand des Ministeriums aus – in fast jeder der 12 Teilaufgaben hatte der Fehlerteufel zugeschlagen. Nur einige Beispiele:

- Aufgabe 2 behauptete das Fehlen von 6 Kommas. Tatsächlich fehlten 5! Pro richtig gesetztem Komma sollte ein Punkt gegeben werden. Als Höchstzahl waren aber nur 4 Punkte erreichbar.
- In Aufgabe 7 war ein Wort falsch getrennt.
- Im Korrekturhinweis zu Aufgabe 9 konnten die SchülerInnen lesen, dass »jede richtig angekreuzte Aussage« einen Punkt ergibt. Allerdings war in dieser Aufgabe kein einziges Kreuzchen zu setzen!
- Bei 10 der 12 Aufgaben verlangte die Korrekturvorschrift, jede falsche Lösung mit einem Punktabzug zu bestrafen. Falsche Antworten zählten also doppelt so stark wie richtige, weil dafür nicht nur der Pluspunkt ausblieb, sondern auch noch eine richtige Lösung innerhalb der Teilaufgabe durch Abzug entwertet wurde!

Die E-Mail aus dem Ministerium mit Hinweisen auf einige der Mängel in der Testvorlage erreichte viele Lehrkräfte erst, nachdem die Testbogen kopiert waren oder gar die Prüfungssituation schon begonnen hatte.

Gab es eine Entschuldigung für die zahlreichen Fehler in den verschickten Testvorlagen? Und wo ist die personelle Unterstützung für die zusätzliche Förderung schwach abschneidender SchülerInnen?

Hier die DDS-Fragen zur Testertitis:

Wie verhältst du dich, wenn du für deine Klasse den nächsten landesweiten Test in die Hand bekommst?

- a) Ich lege ihn meinen SchülerInnen ungeprüft zur Bearbeitung vor. (Schließlich muss ich als Lehrkraft ja auch hin und wieder sinnlose und Fehler behaftete Dienstaufgaben erledigen.)
- b) Ich hab kein Problem mit den Tests: Schneiden meine SchülerInnen gut ab, steh ich gut da. Sind die Ergebnisse meiner Klasse unter dem Durchschnitt, hab ich den Beweis für die fehlende Motivation meiner SchülerInnen und eine Erklärung für künftige Misserfolge.
- c) Ich lasse den Test nur dann von meinen SchülerInnen bearbeiten, wenn die Vorlage fehlerfrei ist.
- d) Ich lasse die Aufgaben nur dann von meinen SchülerInnen bearbeiten, wenn zusätzliche Ressourcen zur Behebung der erkannten Mängel bereitgestellt werden.

G 8 – das fremdfinanzierte Prestigeprojekt

Kultusministerium betreibt flächendeckenden Fördergeldmissbrauch

Ganztagsschulen zeichnen sich durch ein durchgängiges pädagogisches Konzept für den ganzen Schultag aus. Dazu gehört ein rhythmisiertes, abwechselndes Angebot von konzentrierten Lernphasen, entspannenden musischen Fächern, Sport- und Neigungskursen unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Lernpsychologie und sozialpädagogisch fundierte Freizeitgestaltung.

»Das achtjährige Gymnasium ist zwar keine Ganztagsschule in engerem Sinne.« konzediert sogar das Kultusministerium. Dennoch zweigt es den Löwenanteil aus den Bundesmitteln für den Aus- und Neubau von Ganztagsschulen (IZBB-Programm) für die G 8-Finanzierung ab: Bis Juni sind 91,2 Millionen Euro für das G 8 bewilligt worden, das sind 76 % der bisher abgerufenen Gelder aus dem bayerischen Anteil der Fördersumme. Für Haupt-, Förder- und Realschulen blieben ganze 24 % übrig. In Oberfranken erhielten z.B. 24 Gymnasien und 3 Realschulen insgesamt 8,5 Millionen Euro, aber nur 8 Hauptschulen insgesamt 2,7 Millionen Euro der IZBB-Mittel.

Kurz vor Schuljahresende waren, gemessen an der Gesamtzahl der bayerischen Schulen, 56 % der Gymnasien, 21,5 % der Realschulen, aber lediglich 12,5 % der Haupt- und 6,2 % der Förderschulen mit Fördergeldern bedacht worden. Bei den Haupt- und Förderschulen sind darin nur wenige Ganztagsklassen, sondern überwiegend Nachmittagsangebote freier Träger enthalten. Dabei würden richtige Ganztagskonzepte gerade HauptschülerInnen mit ihren zunehmenden Lern-, Motivations- und Erziehungsschwierigkeiten neue Chancen eröffnen.

Insgesamt hat das KuMi die Förderung für Hauptschulen aber bereits von vornherein auf die Einrichtung von jeweils einem Ganztagsklassenzug an 100 Hauptschulen begrenzt. (Für die Grundschulen ist bislang überhaupt nichts vorgesehen.) Bei mehreren Hauptschulen wurden die Förderanträge als »nicht förderwürdig« ganz abgelehnt oder um bis zu 50 % gekürzt, obwohl diese Schulen sorgfältig erarbeitete und überzeugende Ganztagschulkonzepte vorgelegt

haben. Die Einrichtung mancher Ganztagszüge steht so auf der Kippe und die engagierte konzeptionelle Arbeit der Kollegien war für die Katz.

Anders bei den Gymnasien: Diese wurden vom Kultusministerium ausdrücklich ermuntert, Förderanträge zu stellen und sie bekamen sogar den Ersatz aller anfallenden Kosten garantiert (KMBek vom 24.12.2004 Nr. IV.4-5 O 4207.1-6.99 916, siehe: http://www.stmuk.bayern.de/imperia/md/content/pdf/schulen/kmbek_konn_original.pdf). Die Bewilligungsschwelle setzte man relativ niedrig. Förderfähig wären Maßnahmen dann, wenn eine Mittagsverpflegung bereitgestellt werde und an vier Nachmittagen Unterricht stattfinde, wobei sich die vier Nachmittage aus dem gesamtschulischen Angebot ergeben müssen, nicht aus dem einzelner Klassen. Angebote, die zusätzliches Betreuungspersonal erforderten, seien nicht notwendig. Möglicherweise unterstellte das KuMi manchen von der Einführung des G 8 noch vergrätzten Schulleitungen keine ausreichende Motivation, denn es gab sogar noch Argumentationshilfe: »Ein Investitionsbedarf ist ggf. über eine pädagogisch motivierte Nutzung der Räumlichkeiten zu begründen.« Zu denken sei an Silentium-, Lese- oder Meditationsräume für die Möglichkeit zu individuellem Arbeiten (ohne zusätzliches Personal, wohl-gemerkt!).

Schließlich wird noch auf die Intensivierungsstunden verwiesen, die »Garant für nachhaltiges Lehren und Lernen, teamorientierte Arbeits- und Sozialformen, eigenverantwortliches Lernen, individuelle Förderung und eine stärkere Rhythmisierung des Unterrichts« seien. Zudem könne durch die Intensivierungsstunden die Zahl der Wiederholer substanziell reduziert werden. Was so nach einem wahren Wundermittel klingt, könnte auch in einer echten Ganztagschule durchaus realistische pädagogische Zielsetzung sein. Wie das allerdings durch bloße Halbierung einer Klasse in ganzen drei Unterrichtsstunden pro Woche erreicht werden soll, muss Kultusminister Schneider erst noch erklären – ganz abgesehen davon, dass sich heute schon andeutet, dass die Intensivierungsstunden immer wieder mal zur Disposition stehen bzw. für andere Zwecke missbraucht werden (vgl dazu: www.lsv-bay.de/aktuell/meldungen/79383.html »LSV informiert – Lasst euch nichts vormachen«).

Anstatt das G 8 korrekt nach dem Konnexitätsprinzip zu 100 % aus dem bayerischen Staatshaushalt zu finanzieren, werden dafür auf Kosten der Hauptschulen ganz dreist Ganztagsfördergelder des Bundes abgezockt. Da aus 2004 und 2005 noch IZZB-Gelder des Bundes zur Verfügung stehen, fordert die GEW für Hauptschulen die Aufstockung der Fördermittel auf 90 % der jeweils beantragten Mittel, damit die pädagogischen Ganztagskonzepte auch umgesetzt werden können.

Oskar Brückner

gungende Ganztagschulkonzepte vorgelegt



PISA E – ein Vorbericht nur für den Wahlkampf

Das PISA-Konsortium lässt sich von der Politik instrumentalisieren

Wie schon zu PISA 2000 gab es auch zu PISA 2003 in Deutschland wieder eine Erweiterungsstudie (»PISA-E«) mit insgesamt 44.580 SchülerInnen (Bayern: 1.793) aus 1.487 Schulen (66), um die Leistungen der Bundesländer vergleichen zu können. Ursprünglich sollte der Bericht des PISA-Konsortiums zum 15.9.2005 vorgelegt werden. »Da den Ergebnissen politische Bedeutung zugesprochen wird«, wollte die Kultusministerkonferenz die »zentralen Ergebnisse« bereits zum 14.7.2005 veröffentlicht haben. Der ausführliche Bericht soll auf einer Fachkonferenz am 3.11.2005 dargestellt werden.



Foto: Robert Michel

Unzureichende Datenlage

Der Vorbericht umfasst ganze 19 (!) Seiten, der ausführliche Bericht ca. 400 Seiten. Dies macht deutlich wie arm an Daten dieser bestellte Vorbericht ist. Das Konsortium gesteht dies selbst zu: »Eine angemessene Interpretation der Ergebnisse wird erst auf der Basis des ausführlichen Berichts möglich sein.« Der Bericht enthält lediglich die *Durchschnittswerte der Bundesländer* in den vier Kompetenzbereichen

Mathematik	Lesen	Naturwissenschaften	Problemlösen
1. Finnland 544	1. Finnland 543	1. Finnland 548	1. Korea 550
2. Korea 542	2. Korea 534	Japan 548	2. Finnland 548
3. Niederlande 538	3. Kanada 528	2. Korea 538	3. Japan 547
5. Japan 534	4. Australien 525	3. Bayern 530	4. Bayern 534
6. Bayern 533	5. Neuseeland 522		
	6. Bayern 518		

Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften und Problemlösen, die *Veränderungen dieser Werte* gegenüber PISA 2000 und – sehr knapp auf eineinhalb Seiten – *die Kopplung von sozialer und kultureller Herkunft und mathematischer Kompetenz*. Es ist schon fragwürdig, dass das PISA-Konsortium sich dazu hergibt, so ein Machwerk vorzulegen.

Im Ergebnis des Ländervergleichs steht Bayern jetzt in allen vier Bereichen auf dem Spitzenplatz, obwohl es in keinem Bereich die größte Leistungssteigerung und bei der Lesekompetenz überhaupt keine statistisch signifikante Verbesserung erreicht hat.

Natürlich sind die Leistungen der bayerischen Schülerinnen und Schüler erfreulich, andererseits haben bloße Durchschnittswerte ohne jegliche Rahmen- und Hintergrunddaten sehr beschränkte Aussagekraft. Gleiches gilt für die wenigen Daten zum Zusammenhang zwi-

schen sozialer Herkunft und mathematischer Kompetenz. Das PISA-Konsortium selbst räumt ein, dass die Daten des Vorberichts nur »eine erste Einschätzung des Zusammenhangs« zulassen. Mit 22,8 % Varianzanteil weise Deutschland im internationalen Vergleich eine »relativ straffe Koppelung« zwischen der mathematischen Kompetenz und dem »Index of Economic, Social and Cultural Status« (ESCS) auf, der OECD-Durchschnitt beträgt hier nur 16,8 %. Zwischen den Bundesländern gebe es aber beträchtliche Unterschiede: Am günstigsten sei eine Kombination von hohem Niveau bei niedriger Koppelung mit sozialer Herkunft (Bayern, Sachsen, Thüringen – Varianzanteil 14 - 15 %), am ungünstigsten eine Kombination von niedrigem Kompetenzniveau mit enger Koppelung (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen – Varianzanteil 23 - 26 %).

Dies berechtigt jedoch nicht zu der Jubelarie des Kultusministeriums, eines der herausragendsten Ergebnisse der nationalen PISA-Studie sei, dass in Bayern von allen deutschen Ländern mit überdurchschnittlicher Leistung die soziale Herkunft am wenigsten über den schulischen Erfolg entscheide. »Bei uns haben Kinder aus den so genannten benachteiligten Schich-

Reihenfolge nach Leistungszuwachs 2003 gegenüber 2000 in Punkten

Die Ergebnisse in Mathematik sind nur in zwei 2002 und 2003 identischen Teilbereichen (Veränderungen und Beziehungen, Raum und Form) direkt miteinander vergleichbar.

Mathematik Veränd.+Beziehungen	Mathematik Raum+Form	Lesen	Naturwissenschaften
<i>International</i>	<i>International</i>	<i>International</i>	<i>International</i>
1. Polen 33	1. Belgien 28	1. Polen 18	1. Griechenland 20
BRD 22	BRD 14	BRD 7 ^{*)}	BRD 15
<i>National</i>	<i>National</i>	<i>National</i>	<i>National</i>
1. Sachs.-Anh. 48	1. Sachsen 30	1. Sachs.-Anh. 27	1. Sachs.-Anh. 32
2. Sachsen 38	2. Thüringen 29	2. Bremen 19	2. Sachsen 23
3. Brandenburg 31	3. Sachs.-Anh. 26	Brandenburg 19	3. Niedersachsen 22
Thüringen 31	4. Brandenburg 25	4. Sachsen 13	Bayern 22
5. Bremen 30	5. Niedersachsen 22	5. Thüringen 12	
6. Niedersachsen 24	6. Bremen 19	6. Schlesw.-Hol. 10	
Bayern 24	7. Bayern 18	7. Hessen 8 ^{*)}	
		Bayern 8^{*)}	

^{*)} statistisch nicht relevant

ten die größten Bildungschancen«, sagte Schneider. Damit sei endgültig der Mythos widerlegt, dass im Freistaat SchülerInnen aus einem sozial schwächeren Umfeld benachteiligt würden.

Aber: Dieser in Bayern im Vergleich aller Bundesländer engste Zusammenhang zwischen Kompetenzniveau und sozialer Herkunft wurde ja bei der *Lesekompetenz* festgestellt – und dazu gibt es im Vorbericht *keine Daten für 2003*. Große Veränderungen sind wenig wahrscheinlich, da sich Bayern hier nicht statistisch signifikant verbessert hat. Außerdem enthält der Vorbericht keinerlei Aussagen, in welchen Schularten sich in den vier Bereichen die Leistungen verbessert haben. Der Leistungszuwachs in Deutschland fand fast ausschließlich im Gymnasium und in der Realschule statt, was die soziale Ungerechtigkeit unseres Schulsystems ja weiter erhöht.



Foto: David Ausserhofer

Zweifelhafte Erklärungsversuche

Weder die KMK noch Minister Schneider können erklären, *weshalb* sich einzelne Bundesländer verbessert haben.

Schneider versucht es für Bayern mit dem »*Bekennnis zur wertorientierten Erziehung, Disziplin und Ordnung*«. Aber das hat keinerlei Plausibilität.

Sein zweiter Erklärungsansatz mit den *zentralen Abschlussprüfungen* ist schlichtweg falsch. In der Lesekompetenz befanden sich bei PISA E 2000 unter den *ersten sieben (dicht beieinanderliegenden) vier Bundesländer ohne zentrale Prüfungen*, in den drei Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften lagen auf den ersten beiden Plätzen jeweils ein Land mit und ein Land ohne zentrale Abschlussprüfungen.

Und auch gegen das Argument der *Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems* sprechen deutliche Fakten: Das bayerische Schulsystem ist keine Durchgangs-, sondern eine Einbahnstraße von oben nach unten. Im Jahr 2003 gab es *1.404 Zugänge ans Gymnasium* in den Jahrgangsstufen 6 bis 13, gleichzeitig aber *16.806 Abgänge* – das sind 12-mal so viel. Bei PISA 2000 stand Bayern mit 20,8 % der 15-Jährigen an zweiter Stelle bei den *AbsteigerInnen aus dem Gymnasium* im Bundesländervergleich.

Deutliche Defizite

An vielen wichtigen Bildungsparametern gemessen produziert das bayerische Schulsystem nach wie vor *gravierende Fehlleistungen* zu Lasten der SchülerInnen. Seit PISA E 2000

verweist Bayern stets auf das höhere Kompetenzniveau der *Jugendlichen mit Migrationshintergrund*. Aber obwohl Bayern eine deutlich geringere MigrantInnenquote hat als Hessen, NRW und Baden-Württemberg, gelingt es nicht, dies in angemessene Schulerfolge umzusetzen. Bereits bei der Einschulung gibt es *überdurchschnittlich viele Zurückstellungen* für Kinder von MigrantInnen. Jetzt sollen jene, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, gar nicht mehr aufgenommen, sondern zu Sprachkursen im Kindergarten verpflichtet werden. Frühe Sprachförderung ist natürlich wichtig, aber nicht erst ein Jahr vor Schuleintritt und nicht nur für Kinder von MigrantInnen. Die Erhöhung von 40 auf 160 Jahresstunden (das sind 4 Wochenstunden) ist völlig unzureichend und dass sie teilweise durch Kürzung der Sprachförderung in der Schule finanziert werden soll, ist skandalös kurzsichtig! Seit vielen Jahren verlassen in Bayern zwischen 8 bis 10 % eines Geburtsjahrganges die Schule *ohne jeden Abschluss* – schlimm genug –, aber *bei MigrantInnen* sind es als Folge unzureichender Sprachförderung *23 %* (zweit-höchster Wert aller Bundesländer!).

Der Anteil ausländischer SchülerInnen ist in Bayern an Förder- und Hauptschulen fast viermal höher als an Realschulen und Gymnasien. Der *Anteil der MigrantInnen in den Gymnasien* aber beträgt trotz ihrer hohen Kompetenzen gerade mal *3,8 %*. Und während 30,6 % der deutschen SchülerInnen das Gymnasium besuchen, sind es bei den MigrantInnen nur 13,5 %. Bayern hat an Hauptschulen den höchsten, dagegen an Realschulen den niedrigsten und an Gymnasien den zweitniedrigsten Anteil aller Bundesländer.

Die Hochschulreife erreichen bei den MigrantInnen nur 8 % des Jahrgangs, bei deutschen Jugendlichen 30,8 % (auch nur vorletzter Platz im Bundesländerranking).

Auch mit seiner *AbiturientInnenquote von 20,1 %* liegt Bayern bundesweit auf dem *letzten Platz*. So werden vielen bayrischen SchülerInnen die Chancen auf einen höheren Schulabschluss und die entsprechenden Berufschancen verwehrt. Der Freistaat aber importiert die nötigen AkademikerInnen weiterhin aus NRW, Niedersachsen, Rheinlandpfalz und Bremen.

Realistisches Fazit

- Außer bescheidenen Verbesserungen der Frühförderung im Kindergartenbereich gab es *keinerlei gezielte Maßnahmen*, um die von PISA 2000 aufgezeigten Schwachpunkte anzugehen. Insbesondere für das im Dezember 2001 von der KMK erklärte Ziel einer konsequenten individuellen Förderung von SchülerInnen im unteren Leistungsbereich und eines Abbaus sozialer Benachteiligung gab es in keinem Bundesland flächendeckende Maßnahmen. Unverständlich und verantwortungslos ist, dass die große Streubreite zwischen 586 Punkten (Mittelwert Lesen Gymnasien 2003) und 403 Punkten (Mittelwert Lesen Hauptschule 2003) überhaupt nicht problematisiert und gezielt angegangen wurde, in keinem Bundesland!! Immerhin entspricht diese Differenz einem Lern-

rückstand von mehr als fünf Jahren! Es ist im Gegenteil belegbar, dass sich insgesamt die Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen an den Schulen verschlechtert haben.

- Das größte bildungspolitische Problem Bayerns wird offensichtlich weiterhin nicht wahrgenommen (oder stillschweigend akzeptiert): Dem hoch selektiven bayerischen Schulsystem gelingt es viel zu wenig, SchülerInnen mit guten und überdurchschnittlichen Kompetenzen zu den entsprechend hohen (und ihnen eigentlich möglichen) Schulabschlüssen zu führen. Deshalb muss bei der Bewertung der Qualität eines Schulsystems unbedingt zwischen den Kompetenzpunkten bei PISA und dem Schulerfolg unterschieden werden!
- So erfreulich bayerische Spitzenplätze auch sind, sie haben durchaus auch einen negativen Effekt: Die Verantwortlichen können es sich noch leichter machen, Verbesserungen, Investitionen und Veränderungen im Bil-

dungsbereich für unnötig zu erklären und für die GEW wird es noch schwieriger diese einzufordern.



von Oskar Brückner

Vorsitzender der GEW Bayern

Kleines Schmäckerl zum Schluss: Die besten Ergebnisse eines deutschsprachigen Landes bei PISA 2003 erzielte übrigens Südtirol:

	Bozen/Südtirol 2003	Bayern 2000	2003
Lesekompetenz			
Mittelwert	544 Punkte	510	518
Anteil unter der (untersten) Kompetenzstufe 1	1,5%	6,0%	
Anteil auf Stufe I	5,4%	8,5%	
Anteil auf oder über Stufe V	17,4%	12,2%	
Mittelwert 5 % Leistungsschwächste	393 Punkte	322	
Mittelwert 5 % Leistungsstärkste	680 Punkte	675	

Wir stellen eine pdf-Datei mit dem Vorbericht zu PISA 2003 auf unsere Homepage: www.bayern.gew.de

Kongress »Eine Schule für alle«

Am 19. November 2005 findet an der Neupeperlacher Schule an der Quiddestraße in München ein erster großer Kongress der Initiative »Eine Schule für alle« statt. Er ist vor allem zur Information und Motivation für die Mitglieder der Organisationen der Initiative gedacht. Am 17./18. Februar 2006 führt das Pädagogische Institut und das Schulforum Nürnberg eine Fachtagung (mit Beteiligung der Initiative) über das Pro und Contra zu »Einer Schule für alle« durch. Im Sommer/Herbst 2006 folgt dann ein weiterer Fachkongress der Initiative »Eine Schule für alle«. Die Initiative besteht derzeit noch aus der Landes-schülervertretung e.V. (LSV), dem Bayerischen Elternverband (BEV) und der GEW. Weitere Organisationen haben ihre Mitarbeit angekündigt, mit anderen wird noch gesprochen.

Hier das (vorläufige) Programm des November-Kongresses:

- 10.00 Uhr Einlass
- 10.20 Uhr Begrüßung/Moderation: Ursula Walther (BEV)
- 10.30 Uhr Impulsreferat: **Vision »Eine Schule für alle«** von Otto Herz (GEW)
- 10.50 Uhr Fachvortrag: **»PISA-Studien und Fehlleistungen des gegliederten Schulsystems«** von Marianne Demmer, stellv. GEW-Vorsitzende
- 11.45 Uhr Podiumsdiskussion **»Brauchen wir Strukturdebatten für eine bessere Schule?«** mit Vincent Steinl (LSV) • Dr. Christof Prechtl (VbW) • MdL Prof. Waschler (CSU)
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.45 Uhr Reinhard-Kahl-Film **»Treibhäuser der Zukunft«**
- 14.15 Uhr Diskussion
- 14.45 Uhr **»Wir haben den Strukturwandel geschafft«** Vortrag und Diskussion mit Kati Jauhiainen, Finnland
- 15.30 Uhr Ende des öffentlichen Teils
- 15.45 Uhr Strategiediskussion für Mitglieder, Interessierte, Aktive:
 - Politische Strategie? • Öffentlichkeitskampagne • Zwischenschritte im bestehenden System • Wie soll die »Eine Schule für alle« inhaltlich aussehen?
- 17.00 Uhr Ende des Kongresses

Initiative »Länger gemeinsam lernen«

Die eigene Schule mit der »PISA-Lupe« untersuchen

Die Frage, ob längeres gemeinsames Lernen besser für die Entwicklung eines Bildungswesens sei, wird von immer mehr Seiten bejaht. Vor wenigen Jahren war dieses Ja zumeist nur aus einschlägigen Ecken zu hören, etwa vom Grundschulverband (GSV), der GEW oder der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG). Heute ist die Liste gesellschaftlicher Gruppen, welche frühe Selektion mittlerweile kritisieren oder sogar offensiv »Eine Schule für alle« von 1 bis 8 bzw. 10 fordern, erfreulich groß. Sie reicht von Elternverbänden und -räten, LandesschülerInnenvertretungen, Kinder- und Jugendverbänden über mehrere Einzelgewerkschaften, Teile der Kirchen, Landesverbände der GRÜNEN und der SPD sowie der Bundes-PDS bis hin zu wirtschaftsnahen Stiftungen sowie Handwerks- und Unternehmensverbänden.

Ein wachsendes Bündnis

Die drei Verbände GEW, GSV und GGG arbeiten seit 2001 kontinuierlich als »AG Länger gemeinsam lernen« zusammen, um bildungspolitisch wie pädagogisch das gemeinsame Lernen und eine längere gemeinsame Schulzeit voranzubringen. Der gemeinsamen Erklärung »Länger gemeinsam lernen« haben sich mittlerweile zahlreiche Verbände angeschlossen, wie etwa der Verband Sonderpädagogik (vds), der Bundeselternrat (BER) sowie das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW).

PISA-Lupe: Die eigene Schule mit der PISA-Lupe untersuchen

Jüngstes Ergebnis der lebendigen, produktiven Kooperation ist die »PISA-Lupe«, ein Instrument, das Schulen dazu ermuntern soll, selbst aktiv zu werden. Wie steht es an unserer Schule mit dem »finnischen Denken«? Gilt bei uns der Grundsatz »Jedes Kind ist wichtig, keines wird beschämt«? Woran lässt sich das erkennen? Wie gut fördert unsere Schule SchülerInnen, vor allem die mit ungünstigen Ausgangsbedingungen? So will das Bündnis dazu anregen, die eigene Arbeit unter die Lupe zu nehmen und in Richtung individueller Förderung und mehr Chancengleichheit zu entwickeln. Dazu will die Initiative Anregungen, Materialien und Beispiele sammeln und auf der gemeinsamen Website (siehe unten) zur Verfügung stellen. Ziel: ein gesellschaftlicher Mentalitätswechsel in Richtung »Integration statt Selektion – individuell fördern statt auslesen«.

Bildungsfest »Länger gemeinsam lernen«

Wenn zwölf Verbände sich mit dem Ziel zusammenschließen, das längere gemeinsame Lernen in Deutschland voranzubringen, dann ist das auch ein Grund zu feiern. Die Initiative lädt daher am **23. September 2005** zu einem **Bildungsfest** nach **Kleinmachnow** im Süden Berlins ein. Nach der Eröffnungsrede von Prof. Dr. Rita Süßmuth erwartet die Gäste Musik, Diskussion, Kleinkunst und Tanz.

Die Gemeinsame Erklärung »Länger gemeinsam lernen«, die »PISA-Lupe«, Informationen zum Bildungsfest sowie weitere Materialien sind zu finden unter: www.laenger-gemeinsam-lernen.de. Martina Schmerr

Von Pen Green lernen: Förderung der Kleinsten ist mehr als Sprachförderung

Die deutschen Bundesländer haben auf die PISA-Ergebnisse mit Veränderungen im Vorschulbereich reagiert. Einig ist man sich darin, dass vor dem Schulanfang Sprachförderkurse angeboten und freiwillig bzw. verpflichtend wahrgenommen werden sollen, um die sprachlichen Defizite bei Kindern auszugleichen.

Eine befriedigende Antwort auf die soziale Ungleichheit und die enormen Entwicklungsunterschiede, mit denen Kinder starten, ist das

allerdings nicht. Die Konzentration auf isolierte Sprachförderung vor der Einschulung folgt einem mechanistischen Lernbegriff. Der für das Lernen wichtige Zusammenhang von Sprechen, Denken, Fühlen und Handeln in sozialen Beziehungen und Bezügen kommt viel zu kurz.

Dagegen muss die notwendige Sprachförderung – wenn sie gelingen soll – in eine verbesserte pädagogische Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kitas integriert werden, zu der alle Kinder, unabhängig von sozialer Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit, Zugang haben.

Pen Green ist anders.

Ein modernes Konzept von vorschulischer Bildungs- und Erziehungsarbeit praktiziert Pen Green in Corby, Mittelengland, mit großem Erfolg seit 1983. Als Tageseinrichtung für Kinder und Eltern orientiert sich Pen Green explizit an dem, was Kinder und Eltern an Erfahrungen, Bedürfnissen, Interessen und Problemen mitbringen, und bezieht das Leben in der Community mit ein. Dieser integrierte Arbeitsansatz setzt auf den gleichberechtigten, partnerschaftlichen Dialog zwischen den professionellen ErzieherInnen der Einrichtung und den Eltern sowie auf die volle Einbeziehung der Eltern in den Entwicklungs- und Lernprozess ihrer Kinder und unterstützt die Eltern bei ihren eigenen Bildungsprozessen.

Pen Green versteht sich als Empowerment-Konzept für Eltern und Kinder. Es basiert auf der Überzeugung, dass jeder Mensch sein Leben in die eigene Hand nehmen kann,

wenn er die Chance hat, Selbstachtung, Verantwortung und die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen zu entwickeln. Es hat sich vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Umbrüche mit schwerwiegenden Folgen für die Menschen bewährt: Die Arbeiterbevölkerung in Corby musste nach der kompletten Schließung des Stahlstandorts, der einst die ganze Stadt ernährte, eine Massenerwerbslosigkeit von über 40 % erleiden und erleben. Von daher ist das Konzept ausdrücklich darauf gerichtet, über bessere Bildung von Anfang an die gesellschaftlichen Chancen aller Menschen zu verbessern.

Pen Green heißt: Das Kind ernst nehmen!

In Pen Green werden die Kinder nicht wie leere Gefäße behandelt, in die Wissen eingeflößt wird. Sie bringen ihr unterschiedliches Lernpotential als Ressource mit. Im Spiel und in der Interaktion mit ihrem Umfeld entfaltet und entwickelt sich das Kind. Deshalb gilt in Pen Green die Autonomie des Kindes als oberstes Leitprinzip für die dortige Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Kinder befinden sich in einer intensiven Lernphase, wenn sie ins Spiel vertieft sind. Aufgabe der ErzieherInnen in Pen Green ist es, sie dabei zu beobachten, um zu entdecken, woran sie im Spiel arbeiten, was sie interessiert und wie sie lernen. Die Beobachtungen werden dokumentiert, fotografiert, gefilmt oder auch schriftlich festgehalten und dann ausgewertet. Daraus entsteht ein individueller Aktionsplan für jedes Kind. Er gilt für 6 Wochen und beschreibt die Ziele, die das Kind ansteuert, und die Unterstützung, die es dafür bekommen soll. Nach Ablauf der 6 Wochen wird aufgrund von Beobachtungen der Plan fortgeschrieben oder ein neuer entwickelt.

Die Produkte, die das Kind im Spielen erstellt, werden als Portfolio dokumentiert. Dieses Material soll das Kind anregen, über sich zu sprechen. Es erfährt sich als handelnde Person. Der Zuspruch zu dem, was es tut, stärkt seine personale Entwicklung. Das Kind kann seine Lernentwicklung anhand der Mappe später nachvollziehen.

Pen Green heißt: Die Eltern als Partner einbeziehen!

Anlässe und Wege, um Eltern in die Lernprozesse ihrer Kinder einzubeziehen, sind in Pen Green vielfältig. Wenn Eltern ihre Kinder für den Besuch der Tageseinrichtung anmelden, werden sie von ihrem »family worker« ermutigt, eine Gruppe zu besuchen, die sich mit dem Konzept des frühen Lernens von Kindern beschäftigt. Im Rahmen eines Haus-



Foto: Bert Butzke

besuchs werden sie über die Bedeutung der Lernbeobachtungen informiert und auch darüber, wie die Einrichtung damit pädagogisch arbeitet.

Die meisten Eltern nehmen die Anregung auf, ihre Kinder auch zu Hause beim Spielen zu beobachten, ihre Lernprozesse festzuhalten und sich mit den ErzieherInnen darüber auszutauschen. Der einfachste Weg des Austauschs ist das tägliche Gespräch mit den ErzieherInnen, wenn die Mütter oder Väter die Kinder bringen oder abholen.

Es gibt darüber hinaus immer die Möglichkeit, sich in der Einrichtung mit den ErzieherInnen und anderen Müttern und Vätern informell zu treffen. Als Treff erfreut sich die Baby Massage großer Beliebtheit. Einzelveranstaltungen oder Kurse zu spezifischen Themen der Kindererziehung dienen der Vertiefung des Wissens und der sozialen Kontakte.

Pen Green heißt: Alle erreichen wollen!

Auch in Pen Green gibt es Eltern, die schwer erreichbar sind. Meistens ist davon auszugehen, dass sich dahinter negative eigene Bildungserfahrungen verbergen, vor allem schlechte Erfahrungen mit der Schule. Die daraus entwickelte Schulphobie aufzulösen, ist wichtig, damit die Eltern ihre Kinder als Lernende akzeptieren und sie im Lernen unterstützen können.

Wenn Eltern verstehen, dass Lernen in Pen Green nichts mit Zwang, Angst und Misserfolg zu tun hat, sondern mit **Aufrichten** statt **Unterrichten**, kann ihnen das einen neuen Zugang zu ihrem eigenen Lernen geben.

Eltern werden nicht paternalistisch behandelt. Die ErzieherInnen wollen ihr Wissen mit ihnen teilen. Umgekehrt sind sie in ihrer Arbeit darauf angewiesen, dass Eltern sich ihnen mitteilen. Väter sind ausdrücklich in das Konzept von Pen Green eingeschlossen.

Pen Green heißt: Erwachsenenbildung!

Das Interesse am Lernen des Kindes weckt häufig das Interesse von Eltern, sich selber zu bilden bzw. weiterzubilden. Daher werden im Sinne von Community Education in der Einrichtung auch Kurse für Eltern angeboten mit der Möglichkeit, einen Schulabschluss oder andere wichtige berufliche Qualifikationen nachträglich zu erwerben. Eltern können dabei immer sicher sein, dass ihre Kinder während ihrer Lernzeit gut aufgehoben sind. Es gibt aber auch Lernangebote, die für die unterstützende Arbeit in

erfüllt werden können. Eltern können dabei immer sicher sein, dass ihre Kinder während ihrer Lernzeit gut aufgehoben sind. Es gibt aber auch Lernangebote, die für die unterstützende Arbeit in

Foto:
Manfred
Vollmer

Pen Green selbst qualifizieren, z. B. für das Programm »home start«. Frauen, die selber als Mütter ihre Erfahrungen in Pen Green gemacht haben, gehen in die Familien und beraten junge Mütter beim Stillen und Eltern bei allen wichtigen Aufgaben, die mit der Elternschaft auf sie zukommen.

Pen Green heißt: Die eigene Arbeit wissenschaftlich begleiten!

Pen Green hat aus Stiftungsmitteln und mit Unterstützung von öffentlichen Regierungsgeldern eine eigene Basis für Forschung, Aus- und Fortbildung und Entwicklungsarbeit aufbauen können. Die Ergebnisse eines fünfjährigen Forschungs- und Entwicklungsprojektes in Pen Green liegen veröffentlicht vor. Getreu dem Arbeitsansatz von Pen Green sind die ErzieherInnen und die Eltern nicht Objekt einer wissenschaftlichen Untersuchung gewesen, sondern haben mit der WissenschaftlerInnen-Gruppe die Arbeit reflektiert. Ein Video über die Arbeitskonzeption von Pen Green sowie Fortbildungskurse sind daraus hervorgegangen.

Ein wunderschönes neues Auditorium konnte gerade eröffnet werden. Es lädt die Gemeinde dazu ein, sich dort zu treffen und gibt Pen Green Raum für nationale und internationale Konferenzen über die frühe Erziehung und Bildung von Kindern.

Pen Green heißt: »Sure Start«

1999 wurde von der Zentralregierung das Programm »Sure start« aus der Taufe gehoben. Es soll Familien in benachteiligten Lebenslagen mit Kindern im vorschulischen Alter umfassende Unterstützung geben. Pen Green ist ein Partner in diesem Programm geworden und konnte unter Beteiligung seiner Eltern einen zusätzlichen Service für diese Zielgruppe aufbauen. Eltern von Pen Green stellten den Kontakt zu der Zielgruppe in der Gemeinde her und konnten mit Befragungen dazu beitragen, dass ein bedarfsgerechter lokaler Dienst aufgebaut werden konnte.

Ein Angebot von Pen Green in diesem Rahmen trägt den Namen »growing together«. Einmal in der Woche kommen Mütter mit ihren Babys und Kindern im Vorschulalter in einem offenen Treff mit ErzieherInnen zusammen. Diese Treffen dienen dem Austausch der Mütter untereinander und der Unterstützung der Mütter durch die Professionellen. Den Kindern bieten sie Anlässe zum Spielen. Beeindruckend ist, wie das Angebot in dem geschützten Raum von Müttern genutzt wird, um über ihre Kinder und über sich selbst zu reflektieren.

Pen Green: Nur ein Modell für England?

Im Dezember 1997 legte die Labour Regierung ein Programm für die frühe Erziehung für Kinder in Verbindung



mit Elternarbeit und Erwachsenenbildung unter dem Namen »Centres of Excellence« auf. Pen Green wird seitdem auch aus diesem Regierungsprogramm gefördert und kann sich »Early Excellence Centre« nennen, das beispielhaft und beispielgebend für andere Einrichtungen im Land arbeitet. Mit dem zusätzlichen Geld ist es möglich geworden, die Familienangebote für die Unterstützung von Schulkindern nach dem Schulunterricht zu erweitern.

Schließt sich die Frage an: Wann wird dieses Modell für Deutschland entdeckt?

von **Brigitte Schumann**

GEW-Kollegin
aus Nordrhein-Westfalen
e-mail: ifenici@aol.com



Bayerische Verhältnisse: Private und kommunale Finanzkraft bestimmen über den Bildungserfolg

Spätestens seit Verabschiedung des neuen BayKiBiG, welches das alte Kindergartengesetz mit August 2005 ablöst, wird der ungelöste Konflikt zwischen Betriebswirtschaft und Pädagogik, zwischen einem an abstrakter Auslastung orientierten Fördermodell und dem Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) zum Dauerbrenner.

Anders als in England sind hierzulande lediglich die Buchungsstunden der Kinder förderrelevant, nicht die zusätzlich geleistete Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten. Damit gerät von vornherein die familienpädagogische Funktion der frühkindlichen Pädagogik in eine Nebenrolle. Dies hat wiederum deutliche Nachteile für die Praxis und das Ansehen der Bildungs- und Erziehungsarbeit von Kitas.

Vom Verständnis des BEP zunächst erscheint der Ansatz von Pen Green (vgl. Artikel von Brigitte Schumann) bzw. der Early Excellence Centres durchaus konsequent, denn nur in der Einbeziehung der Eltern in die Bildungsprozesse ihrer Kinder und der systematischen Rückkopplung mit der familiären Realität lassen sich Bildungserfolge individuell und verbindlich darstellen: von der gezielten Beobachtung zu den »Lernmappen« und dem regelmäßigen Gespräch mit den Eltern bis zum sanften Schuleinstieg.

Gerade für Eltern, die schwer erreichbar sind, ist es wichtig, familienpädagogische Angebote mit Beratung, Information und Unterstützung im Einzelfall zu koppeln. Das gemeinwesenorientierte Haus für Kinder mit arbeitsmarktbezogenen Fortbildungen (u.a. auch für Tagespflegepersonen) und soziokulturellen Aktivitäten wäre die logische Folge.

Von da aus wäre nicht nur Bildungs- und Sozialpolitik als Einheit vorstellbar, sondern die Kita wäre auch eine niedrighschwellige Einrichtung, wo sich präventive Jugendhilfe realisieren ließe.

Allerdings, auch das lehrt Pen Green: Ohne zusätzliche öffentliche Mittel geht es nicht!

Und so drehen wir uns in Bayern im schizophrenen Kreis einer hohen Programmatik (BEP, aber auch KiBiG) mit den völlig unzureichenden Mitteln eines Fördersystems, das den Staat aus der sozialen Verantwortung entlässt und den Bil-

dungs- und Erziehungserfolg vom freien Buchungsverhalten der Eltern und der Finanzkraft einer Kommune abhängig macht (Fthenakis sinngemäß am 14.10.2004).

Fetisch Sprachförderung

Eine zusätzliche Belastung sind die inzwischen in der Verordnung zum KiBiG vorgesehenen Sprachstandserhebungen ein Jahr vor der Schuleinschreibung und das daraus abgeleitete Crashprogramm von Sprachförderkursen für Kinder von MigrantInnen.

Nach den Vorstellungen von Kultus- und Sozialministerium sollen bis zu 160 Unterrichtsstunden in das letzte Kindergartenjahr hineingestopft werden. Nach neuesten Beschlüssen der Staatsregierung soll es gar Einschulungsverbote für ausländische Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse geben. Sie müssten dann noch ein Jahr lang Kindergärten mit speziellen Vorkursen besuchen.



Foto: David Ausserhofer

Was dabei völlig unter den Tisch fällt, ist der Beitrag des Kindergartens an einer ganzheitlichen Sprachförderung von Anfang an, sowie der Anteil von deutschen Kindern, die ebenfalls spezieller Förderung (auch Therapie) bedürfen – das sind immerhin 10-15 %).

Die Angst der Mittelschicht vor dem Schulversagen ihrer eigenen Kinder ist inzwischen anscheinend so groß, dass immer früher immer restriktivere Maßnahmen gefordert werden. Offensichtlich macht sich diese Angst in einer fetischisierten Sprachförderung Luft.

Ein schulischer Hürdenlauf für Kinder von MigrantInnen

Die in Bayern seit 50 Jahren herrschende Partei hat sich angewöhnt, ihr Schulsystem vom output der »Sieger« her zu betrachten: Auf einer riesigen Rennbahn (Curriculum) laufen immer jüngere Kinder möglichst schnell durch die Grundschule, um in das G 8-Mühlenverfahren als Tüchtigste ausgelesen die noch kostenfreien Studienplätze zu belegen.

Abgesehen davon, dass auch die »Gewinner« dieses Rennens, das man als falsche Elitebildung bezeichnen könnte, viel zu jung in den Genuss von Überlegenheitsgefühlen kommen – was mit den zahlreichen »Verlierern« auf jeder Stufe des Bildungswesens passiert, ist nicht Thema der offiziellen Bildungspolitik. Insbesondere Minderwertigkeitsgefühle und seelische Verletzungen ersticken nur zu oft die in ihnen steckenden Lernpotentiale.

Der bayerische Staat legt es nun förmlich darauf an, diese »Verlierer« von Anfang an als Störfaktoren seiner stumpfsinnigen, stromlinienförmigen Selektion zu brandmarken und von den »Guten« zu trennen.

Wie es den behinderten, entwicklungsverzögerten und anderen Risikokindern schon im Kindergarten ergeht, wo sich Staat und Kommunen die pädagogisch notwendigen Kosten sparen, so trifft es in größerem Umfang nun auch die Kinder von MigrantInnen.

Hat man erst vor ein paar Jahren so genannte Sprachlernklassen geschaffen, wo diese Kinder unter ihresgleichen Deutsch pauken sollen, um nach 2 Jahren wenigstens zurückgeführt zu werden, kommt jetzt gar ein Einschulungsverbot für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse!

Diese Maßnahme produziert eindeutig »Verlierer« und »Gewinner« in einem Alter, wo gemeinsames Aufwachen vorrangige Aufgabe wäre. Außerdem hat der Kindergarten, in dem die Kinder von MigrantInnen auch mit 7 Jahren noch bleiben sollen, während die »Schultüchtigen« bereits mit 5 in die Grundschule gehen, keinerlei Ressourcen (sprich: Zusatzkräfte) für 160 Stunden Sprachunterricht, besonders nicht nach der unseligen betriebswirtschaftlichen Finanzierung ab 2006, wo man das Personal durch Buchungszeiten herauswirtschaften muss. Und nur in ganz massiven Fällen (etwa ab 50 MigrantInnenkinder) kann man *vielleicht* die bisher geförderte Zusatzkraft erhalten.

Der lächerlich geringe Sprachfaktor von 1,3 greift nur, wenn beide Elternteile nicht deutschsprachig sind. Außerdem ist er ja auch buchungszeitabhängig. Man hat ohne Not Mindestbuchungszeiten von 3-4 Stunden eingeführt, die zum gemeinsamen Leben und Lernen viel zu kurz sind. Kindergärten arbeiten eben nicht ohne Grund ganzheitlich und

lebensweltbezogen, und nicht nach einem von außen festgelegten »Studentakt«. Und neben den Kindern von MigrantInnen brauchen auch noch mindestens 10-15% deutsche Kinder *ohne zusätzlichen Faktor* ganzheitliche Sprachförderung, die meist aus Personalmangel nicht adäquat geleistet werden kann.

Was nach wie vor fehlt

In Kitas *und* Grundschulen muss von Anfang an so investiert werden, dass unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Kinder eines Wohngebiets gemeinsam spielen, leben und lernen können. *Am Beginn der Kindergartenzeit*, nicht an ihrem Ende, wäre anzusetzen. Die Einrichtungen müssten so mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden, dass sie *jedes* Kind in seinem individuellen Entwicklungsstand erfassen, begleiten und fördern können. Ebenso müsste ausreichend Zeit für die Eltern zur Verfügung stehen, um deren Erziehungskraft und muttersprachliche Praxis zu stärken statt zu verleugnen.

Dieser multikulturelle Kindergarten müsste durchschnittlich 6 Stunden Lebensraum pro Kind und Tag beitragsfrei garantieren.

Und die Schule täte gut daran, angesichts so vieler – nicht nur sprachförderbedürftiger – Kinder eine *integrative Eingangsstufe* vorzuhalten, die in 1-3 Jahren durchlaufen werden könnte, wie anderswo bereits modellhaft praktiziert. Die Klassen dieser Eingangsstufe müssten – anders als die Sprachlernklassen – wegen ständiger Binnendifferenzierung doppelt besetzt sein – am besten mit einer Lehrkraft und einer sozial- oder sonderpädagogischen Fachkraft. So genannte Dia-Fö-Klassen an den Förderzentren könnten dann entfallen, ebenso die Angst vieler MigrantInneneltern (und Kindergärten) vor einem unseriösen, punktuellen Schulreifeverfahren (heute auch als Sprachstandserfassung getarnt). Wesentlich für den Lernerfolg von MigrantInnenkindern wäre zusätzlich eine sozial gemischte Grund-Ganztagsschule vom ersten Schultag an, die mit rhythmisiertem Unterricht und sozialpädagogischen Strukturen die Lebenswelt des Kindergartens kontinuierlich fortsetzen könnte und so für Spracherwerb und Kommunikation quasi natürliche Voraussetzungen böte.

Die an den Vormittagsunterricht anschließenden Mittagsbetreuungen können diese Funktion nicht erfüllen; mindestens das Niveau der Hortpädagogik muss für alle Kinder gesichert werden.

Pen Green als Modell für Deutschland bleibt für uns in Bayern ein Fernziel, solange pädagogischer Anspruch und öffentliche Finanzierungsbereitschaft so weit auseinanderklaffen wie jetzt.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de





Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (KiBiG): Verordnung und Widerstand

In den grauen Morgenstunden des 30. Juni hat der bayerische Landtag mit der satten CSU-Mehrheit das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (KiBiG) beschlossen. Alle Versuche, Zeit zu gewinnen, seitens der Oppositionsparteien, die diesmal ihrer Rolle gerecht geworden sind, haben nicht mehr geholfen; auch nicht die über 400

Petitionen, die z.T. kalt-schnäuzig von der Ausschussmehrheit im Minutentakt abgebürstet wurden.

Das kurz vor Torschluss gezimmerte Aktionsbündnis von 11 Organisationen, darunter die AWO und der Paritätische Bayern sowie die meisten AsBG-Mitglieder (Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände und Gewerkschaften) hatte noch am 25. Juni eine wirkungsvolle Kundgebung mit 3000 bis 4000 TeilnehmerInnen organisiert, konnte aber den Lauf der Dinge nicht mehr aufhalten. Alle müssen sich selbstkritisch fragen, wieso erst im Frühjahr 2005 ein solches Bündnis mit einer gemeinsamen Plattform möglich war.

Alle Beteiligten des Kita-Bereichs werden jetzt auf lange Sicht mit der schizophrenen Situation zu leben haben, hochgestochene Bildungspläne umzusetzen und gleichzeitig ums nackte Überleben als Fachkraft, Träger und Einrichtung mit allen Mitteln kämpfen zu müssen. Unter dem Stichwort »Weiterentwicklung der Kinderbetreuung in Bayern« hat Frau Stewens die von Barbara Stamm begonnene Zersetzung pädagogischer Qualität konsequent und geschickt vollendet.

5 Jahre Widerstand der GEW Bayern

Wir könnten es uns leicht machen und auf unsere von Anfang an grundsätzliche Kritik am Neuen Fördermodell verweisen, die wir seit etwa 5 Jahren in die Fachöffentlichkeit tragen. Daraus hervor ging dann das Bündnis »Kinder brauchen Qualität«, welches nicht nur offensiv zu allen Fragen einer Neuordnung des Kita-Bereiches Stellung bezog, sondern auch Eckpunkte für einen alternativen Gesetzentwurf veröffentlicht hat.



Dieses von ehrenamtlichen Kräften getragene Aktionsbündnis zeigte einen langen Atem und hat sich noch im Juni 2005 auf einem Fachtag mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Zehntausende von Unter-

schriften wurden für Petitionen gesammelt und mehrere Kundgebungen abgehalten.

Die TeilnehmerInnen des »Torschlussbündnisses« müssen sich freilich fragen lassen, warum sie erst so spät wach wurden, vor allem auch, warum VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände jahrelang in einer Modellkommission mit VertreterInnen



nen der Staatsregierung und den ISKA-Leuten zusammensitzen konnten, ohne dort das betriebswirtschaftliche Modell grundsätzlich in Frage zu stellen. War es die Hoffnung,

am Schluss doch noch ein paar Brocken für sich zu bekommen oder war es blauäugige politische Einfalt, wir wissen es nicht. Die Folgen des neuen Betreuungsmarktes waren jedenfalls fast von Anfang an deutlich zu sehen, auch in den Modellstandorten!

Aber auch wir vom Bündnis »Kinder brauchen Qualität« müssen darüber nachdenken, ob wir wirklich alle Gelegenheiten, BündnispartnerInnen zu werben, rechtzeitig genutzt haben.

Letztlich muss sich jede Fachkraft im sozialpädagogischen Bereich fragen, ob und warum nicht mehr drin war.



Bricht nun eine fachliche Eiszeit an?

Seit geraumer Zeit werden überall Personalzeiten gekürzt oder gestrichen, Fachkräfte nur noch befristet eingestellt, Stellen für Zusatzkräfte nicht wieder besetzt, Krankheitsvertretungen gespart, PraktikantInnenstellen fallen weg oder werden billig wie Butterbrot. Die alten Sicherheiten (wie tarifliche Bindung, Verfügungszeiten, feste Stellen) brechen zunehmend weg und werden mehr und mehr durch Flexibilität ersetzt.

Auf dieser Grundlage können sich auch neue, fachlich kontraproduktive Konfliktlinien ergeben, die nun erst

- Eltern und Personal in Gegensatz zueinander bringen (v. a. im Streit um knappe Ressourcen und Unterfinanzierung),
- pädagogische Entscheidungen auf jeder Ebene von wirtschaftlicher Kalkulation abhängig machen sowie
- Fachkräfte kommunaler und freier Träger sowie Tagespflegepersonen in einen unsäglichen Preiswettbewerb bringen.

In der Verordnung zum KiBiG, die wohl im September 2005 in Kraft treten dürfte, sind weitere Deregulierungen

enthalten, die eine kindbezogene Pädagogik massiv behindern:

- Mindestbuchungszeiten von 1-3 Stunden in Krippen und Horten,
- Abwertung der Horte durch verkürzte Öffnungszeiten,
- ein grottenschlechter Anstellungsschlüssel und
- der Zwang, externe Maßnahmen wie Crashkurse für Kinder von MigrantInnen und deren spätere Einschulung in Kindergärten zu dulden bzw. zu fördern.

Wer die Kritik der GEW an dieser Verordnung lesen möchte, möge sich ans Sozialpädagogische Büro der GEW wenden.

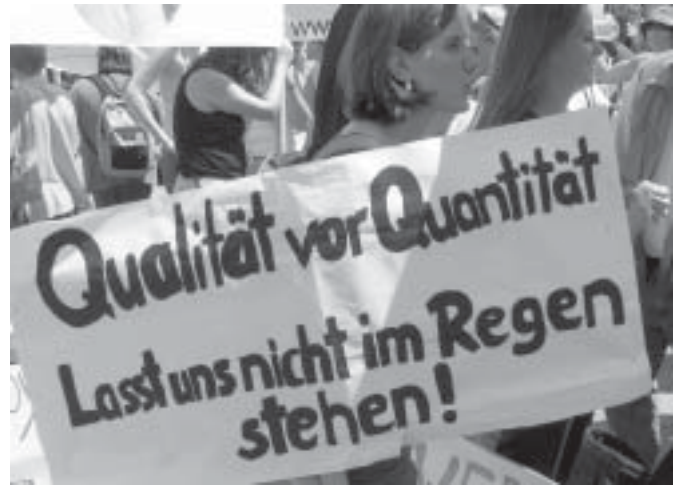
Was kann eine Gewerkschaft tun?

Unser Landesfachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe hat jedenfalls beschlossen, die betroffenen Fachkräfte nicht hängen zu lassen, sondern sie kritisch zu begleiten.

Wir richten gemeinsam mit »Kinder brauchen Qualität« und anderen PartnerInnen eine Website ein, auf der alle nun stattfindenden Grausamkeiten sauber aufgelistet und veröffentlicht werden können. Vielleicht wird es Stoff genug für ein bayerisches Kita-Schwarzbuch geben.

Unsere gewerkschaftliche Kompetenz steht unseren Mitgliedern und den sich hoffentlich noch Organisierenden weiterhin voll zur Verfügung. Wir bieten

- arbeitsrechtliche Beratung und Fachberatung mit den Schwerpunkten: Befristungen, Kündigungsschutz, Abfindungen und Arbeitsschutz,
- Hilfe beim Aufbau betrieblicher Interessenvertretungen: Betriebsrat, Personalrat, MitarbeiterInnenvertretungen sowie rechtliche und fachliche Beratung und Fortbildung derselben,
- Unterstützung aller tariflichen Bestrebungen, besonders auch solcher, die auf Arbeitsbedingungen gerichtet sind. Dazu gibt es bereits Vorlagen der GEW Bayern.



Allerdings sind Gewerkschaften immer nur so stark wie es ihr Organisationsgrad zulässt.

Weder die GEW noch Ver.di sind auf Landesebene so handlungsfähig, dass sie die materiellen und fachlichen Interessen der KollegInnen wirksam gegen Trägerwillkür und politische Querschüsse schützen könnten. Allerdings stärken die neoliberale Politik und ihre Auswirkungen paradoxerweise wieder den gewerkschaftlichen Gedanken und die Erkenntnis: »Es rettet uns kein höheres Wesen«, aber auch (besonders in Bayern) keine parlamentarische Opposition, keine netten Beziehungen zum Ministerium und schon gar keine rein moralischen Appelle.

Umgekehrt: Durch konsequente Wahrnehmung unserer fachlichen und materiellen Interessen und der unserer ErziehungspartnerInnen gewinnen wir selbst an Stärke und Durchsetzungskraft. Und die werden wir auf Jahre hinaus auch brauchen.

Gerade in Zeiten eiskalter Deregulierung und radikaler Ökonomisierung aller Beziehungen müssen pädagogische Fachkräfte zeigen, dass sie selber ein knallharter Faktor sind, mit dem Politik und Träger zu rechnen haben.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Europäische Fachtagung »Gewaltfreie Erziehung« am 20. und 21.10.2005 in Berlin

Am 20. und 21. Oktober 2005 findet in Berlin die europäische Fachtagung »Gewaltfreie Erziehung« statt. Fünf Jahre nach Aufnahme des Rechts auf gewaltfreie Erziehung in das Bürgerliche Gesetzbuch werden Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland Bilanz ziehen und das Thema im europäischen Kontext diskutieren. Tagungsort ist die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Es stehen Fragen auf der Tagesordnung wie: Was bedeutet gewaltfreie Erziehung für das Zusammenleben in Europa? Kann Erziehung die Konflikt- und Demokratiefähigkeit von Heranwachsenden fördern? Kann ein gewaltfreies Erziehungsverständnis die europäische Integration voranbringen und junge Menschen auf neue Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereiten?

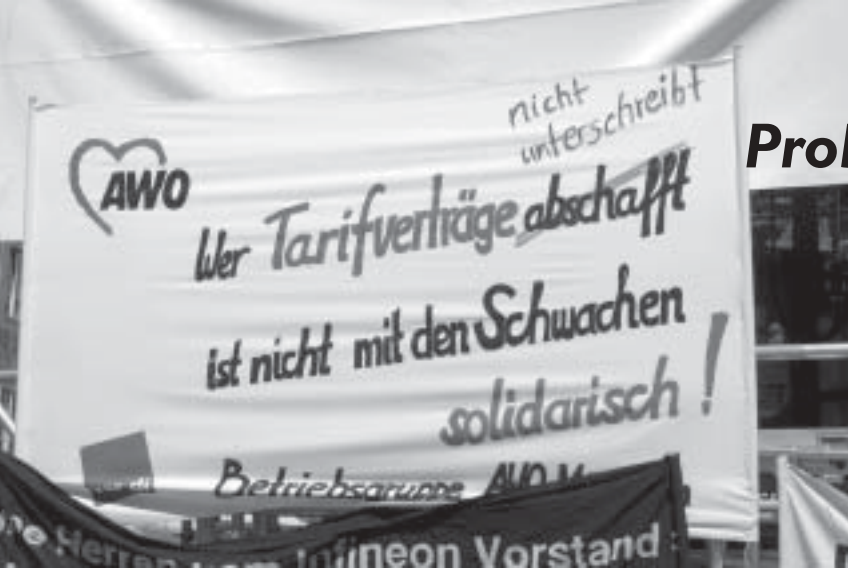
Antworten auf diese Fragen geben hochrangige Fachleute wie z.B. Thomas Hammarberg (Schweden), Botschafter und Berater der schwedischen Regierung in Menschenrechtsfragen und lange Jahre Mitglied im UN-Ausschuss für die Rechte des

Kindes, Uri Avnery (Israel), Friedensaktivist und Träger des alternativen Nobelpreises, und Katarina Tomasevski (Dänemark/Kroatien), ehemalige Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zum Thema Recht auf Bildung. Zudem wird Professorin Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina erwartet.

Gemeinsam mit den erwarteten 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden sie in speziellen Arbeitsforen Themen diskutieren wie »Kinder als Rechtsträger – Paradigmenwechsel in der Erziehung« oder »Wirtschaftlich geforderte Kernkompetenz und gewaltfreie Erziehung – Voraussetzung oder Widerspruch?«.

Das Tagungsprogramm steht auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=31272.html>) zum Download bereit.

Anmeldung und weitere Informationen: Kongressbüro neues handeln GmbH, Theodor-Heuss-Ring 52, 50668 Köln, Tel: 0221-160 82-0, Fax: 0221-160 82-24, E-Mail: gewaltfrei@neueshandeln.de



Probleme beim Übergang?

Anfang September entscheidet sich wohl das Schicksal des neu ausgehandelten BAT-Nachfolgers. Allgemein wird erwartet, dass der Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) mitsamt seinem Zwilling, dem Tarifvertrag zur Überleitung (TVÜ), noch vor der Bundestagswahl unterschrieben wird.

Auch wenn die Redaktionsverhandlungen zum TVöD lange nicht abgeschlossen sind und der TVÜ noch nicht definitiv vereinbart ist, wollen wir auf ein paar Probleme hinweisen.

Für alle, die am 30.9. und am 1.10.2005 ohne Unterbrechung beschäftigt sind, gilt, dass der Überleitungstarifvertrag ihre Besitzstandswahrung im Wesentlichen sichert. Damit kann niemand im Zeitpunkt der Überleitung schlechter gestellt werden.

Dennoch heißt es aufpassen, denn die Ansprüche aus dem alten System müssen gesichert sein, wenn sie im Übergang erfasst werden sollen, sie müssten also gegebenenfalls noch rechtzeitig geltend gemacht werden:

- Durch die sog. Halbzzeitregelung werden Höhergruppierungen nach dem BAT noch stattfinden, wenn am 30.09.05 die Hälfte der Bewährungszeit zurückgelegt ist. Das gilt auch für sog. doppelte Höhergruppierungen durch Vergütungsgruppenzulagen wie bei ErzieherInnen nach Vc oder bei SozialpädagogInnen nach IVb. Die Zulage wird dann noch fällig, wenn Vc bzw. IVb am 30.9.05 erreicht sind und die Hälfte der gesamten Bewährungszeit zurückgelegt ist (also 3,5 Jahre bei Vc, 4 Jahre bei IVb).
- Ist die Ortszuschlagsstufe 1 oder 2 richtig berechnet? Stufe 2 steht nicht nur Verheirateten zu, sondern auch Beschäftigten, die ihre Kinder alleine erziehen oder »eine andere Person nicht nur vorübergehend in ihrem Haushalt aufgenommen haben«.

Da wir an dieser Stelle nicht weiter ins Detail gehen können, verweisen wir auf das Recht, sich von den zuständigen PersonalrätInnen bzw. BetriebsrätInnen beraten zu lassen. Mitglieder der Gewerkschaft haben natürlich darüber hinaus dort jederzeit den Anspruch auf individuelle Rechtsberatung und Kontrolle des Übergangs ins neue System.

Der endgültige Text des TVöD und des TVÜ wird wohl erst ab Mitte September vorliegen. Schulungen für Betriebs- und PersonalrätInnen werden bei Bedarf von der GEW Bayern organisiert.

Anwender des BAT-kommunal

Beschäftigte freier Verbände und Betriebe, die bis dato den BAT-kommunal anwandten, müssen sich dafür einset-

zen, dass das gesamte Vertragswerk TVöD übernommen wird und nicht etwa nur die Teile, die eine Verschlechterung für die Beschäftigten bedeuten. Auch hier ist dringend zu empfehlen, gewerkschaftliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Sollte sich der Übergang in den TVöD nicht aus den bisherigen Arbeitsverträgen ergeben (z.B. »es gilt der BAT und die ihn ergänzenden und ersetzenden Tarifverträge«), besteht außerdem ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach §87 BetrVG.

Die GEW Bayern plant auch hierzu eine Fortbildung für BetriebsrätInnen.

Anwender des BAT-Länder

Das Warten auf eine tarifliche Länderlösung, speziell auch für Bayern, macht z. Zt. keinen Sinn. Leider muss man noch einige Zeit damit leben, dass für bereits länger Beschäftigte der alte BAT nachwirkt und neu Eingestellte bezüglich Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld deutlich schlechter gestellt sind – außerdem mit massiven materiellen Nachteilen von insgesamt 900 Euro für alle Beschäftigten wegen des Ausbleibens der jährlich 3 x 100 Euro bis zum Jahre 2007.

Die Länder verweigern eine Übernahme des TVöD und eine Reihe der den BAT-Länder anwendenden freien Träger haben diesen nur einzelvertraglich vereinbart. Mit diesen Trägern müssen die Gewerkschaften mit dem vorrangigen Ziel in Verhandlung treten, den TVöD zu übernehmen, mindestens aber einen vernünftigen Haustarifvertrag auszuhandeln.

Erste Ansätze für Verhandlungsbereitschaft einzelner Träger liegen vor; es bedarf aber eines noch viel stärkeren Drucks und in diesem Zusammenhang besonders größerer Mengen an Gewerkschaftsmitgliedern in diesen Betrieben, um wirklich tarifliche Gleichstellung zu erreichen.

Die Frage: »Wo sind meine 100 Euro?« muss wohl so oft und so laut gestellt werden, dass kein Geschäftsführer und keine Geschäftsführerin sie mehr übergehen kann.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de

Exotik als pädagogischer Event?

EthnologInnen-Team machte Feldforschung im »African Village« im Augsburger Zoo

Die Aktion »African Village«, die vergangenen Juni im Augsburger Zoo stattfand, sorgte für weitreichendes Medieninteresse und internationale Proteste.

An vier Tagen gab es unter besagtem Titel eine »Sonderausstellung« mit afrikanischem Kunsthandwerk, Musik, Tanz, Kulinarischem und Info-Ständen einiger Afrika-orientierter Organisationen und Vereine.

Für zahlreiche HistorikerInnen, EthnologInnen und verschiedene afro-deutsche Initiativen stand die Wahl des Veranstaltungsortes in direkter Kontinuität zu den Völkerschauen in Deutschland und Europa im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dort wurden Afrikanerinnen und Afrikaner, ebenfalls in Zoos, in nachgebauten Dörfern und bei der Verrichtung angeblich typischer Arbeiten präsentiert. Bekannteste Beispiele sind die Völkerschauen von Hagenbeck in Hamburg. Offiziell warben die Veranstalter damals damit, dass die BesucherInnen hier etwas über fremde Kulturen lernen könnten. Die historische und ethnologische Forschung hingegen belegt, wie die Völkerschauen in erster Linie der Legitimierung kolonialer Interessen der damaligen deutschen und europäischen Außenpolitik zuarbeiteten. So zeigen einige wissenschaftliche Arbeiten, dass die Präsentation von AfrikanerInnen und einzelner Aspekte ihrer Lebensweise im Zoo zu der damals vorherrschenden Einstellung der BesucherInnen beitrugen, dass die eigene Kultur der ausgestellten Kultur überlegen sei. Das Selbstbild der vermeintlich Entwickelten und Zivilisierten gegenüber den angeblich Unter- oder Weniger-Entwickelten und Wilden war natürlich – zusammen mit anderen Faktoren – eine notwendige gesellschaftliche Haltung, um koloniale Politik und Ausbeutung zu begründen¹. Auf diesen historischen Hintergrund verwiesen die Protestschreiben von Privatpersonen und Organisationen aus dem In- und Ausland, die überregionale Berichterstattung und auch die Demonstrationen vor dem Zoo. Sie kritisierten nicht die Ausstellung an sich, sondern die Wahl des Ausstellungsortes: einen Zoo².

VeranstalterInnen, OrganisatorInnen, LokalpolitikerInnen und die lokale Berichterstattung sahen diese historischen Kontinuitäten nicht. »African Village« im Augsburger Zoo habe mit den Völkerschauen nichts gemein, da hier nicht Menschen ausgestellt würden, sondern Kunsthandwerk, Musik, Kulinarisches und Informationen über Afrika im Mittelpunkt stünden. Außerdem werde die Veranstaltung, so der Augsburger Oberbürgermeister in einer Pressemitteilung, »von Afrikanern selbst bzw. von Institutionen getra-

gen (...), die sich mit Afrika im positiven Sinne verbunden fühlen« (Pressemitteilung Dr. Paul Wengert vom 01.06.05). Auch die Zoo-Direktorin, Dr. Barbara Jantschke, betonte, dass die Veranstaltung die Toleranz und Völkerverständigung fördern und den Augsburgern die afrikanische Kultur näher bringen solle. Die Kritik am Ausstellungsort war für die Verantwortlichen nicht nachvollziehbar. Der Zoo mit seiner afrikanischen Steppenlandschaft wurde im Gegenteil als sehr geeigneter Hintergrund für eine solche Ausstellung gesehen, der insbesondere für Kinder bzw. Schulklassen attraktiv sei.

Ein Team vom Max-Planck-Institut für Ethnologie in Halle nutzte die 4-tägige Veranstaltung für eine »Mini-Ethnographie«: »African Culture and the Zoo in the 21st Century: The »African Village« in the Augsburg Zoo and Its Wider Implications«. Die drei WissenschaftlerInnen befragten Besucherinnen und Besucher nach ihrem Afrika-Bild und was diese Ausstellung dazu beigetragen habe. Sie ließen die KünstlerInnen und AusstellerInnen an den etwa 40 Ständen am ersten und letzten Ausstellungstag die Veranstaltung und den Veranstaltungsort bewerten. Sie versuchten herauszufinden, was eine solche Aktion dem Augsburger Zoo kommerziell bringt und ob es Ähnliches auch in anderen Tierparks gibt.

Aufschlussreich an der Auswertung der Antworten ist nicht nur, wie ähnlich sich die Argumente sind, mit denen heute wie vor 100 Jahren versucht wird, mit »Exotik« ein Geschäft zu machen. Auch der Einfluss einer solchen Ausstellung auf die Selbst- und Fremdbilder der BesucherInnen und nicht zuletzt die Frage, ob so eine Aktion pädagogisches Potenzial hat oder haben kann, machen die Ethnographie zu einer interessanten Feldforschung über einige Aspekte unserer eigenen Gesellschaft.

Die Untersuchung ist in leicht verständlichem Englisch geschrieben. Wer im Geschichts- oder Erdkunde-Unterricht die deutsche und europäische Kolonialpolitik unter dem Aspekt der Darstellung von AfrikanerInnen in Deutschland behandeln möchte, kann sie als Unterrichtsmaterial sinnvoll einsetzen. Auch für Projekte, die nationale Vorurteile, Klischees und Selbst- und Fremdbilder herausarbeiten wollen, bietet sie aktuelles Basismaterial.

Der 48-seitige Report kann von der Homepage des Max-Planck-Instituts für Ethnologie (Social Anthropology) heruntergeladen werden: www.eth.mpg.de > Integration und Konflikt > Höhne, Markus > Afrikanische Kultur und der Zoo im 21. Jahrhundert, oder als Kopie in der Landesgeschäftsstelle der GEW angefordert werden (info@bayern.gew.de oder 089-544 081-0).

von Ute Schmitt

Ethnologin und Mitglied der DDS-Redaktion



¹ z. B. Eißenger, Gabriele; Schmidt-Gross, Caroline: Tropenzauber um die Ecke. Völkerschauen bei Hagenbeck, in: Heiko Möhle (Hg.): Branntwein, Bibel und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika – Eine Spurensuche, Hamburg 1999.

² überregionale Berichterstattung dazu u.a. in Frankfurter Rundschau 28.05.05, Jungle World 01.06.05, die tageszeitung 01.06.05, Die Welt 02.06.05, Der Tagesspiegel 07.06.05, BBC news 08.06.05, Der Spiegel 09.06.05, Daily Nation 09.06.05.

Zweierlei Maß

Auch zum 25. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats bestehen erhebliche Zweifel an einer Alleintäterschaft

Der »Wuschelkopf« war B. sofort aufgefallen. Er beobachtete ihn eine Zeit lang. Er suchte Blickkontakt mit dem jungen Mann und fand ihn. Der »Wuschelkopf« trug eine Tüte und einen Koffer. Vielleicht braucht er eine Übernachtungsmöglichkeit und ich kann sie ihm anbieten, dachte B., der gleich nebenan in dem Hochhauskomplex auf der Theresienhöhe wohnte. Öfters kam er abends hierher, um am »Brausebad« neben der Festwiese Männer zu treffen. Jetzt sah er den »Wuschelkopf« am Rand des Bavariarings im Gespräch mit zwei Personen in Parkas. Dann ging der junge Mann in Richtung Eingang des Oktoberfests. Später sagte B. aus, er habe plötzlich ein ungutes Gefühl gehabt. Kurz darauf hörte er ein langes Zischen, sah einen Lichtschein und wurde von der Druckwelle einer Explosion viele Meter fortgeschleudert. Eine Bombe in der Tüte des »Wuschelkopfs« war hochgegangen.

Es herrschte natürlich Hochbetrieb an diesem Freitagabend, dem 26. September 1980, gegen 22.20 Uhr. In der dichten Menschenmenge fand die Bombe reichlich Opfer. Und die Metallsplitter des Papierkorbs, in das der Attentäter die Bombe gerade legen wollte, verstärkten die verheerende Wirkung. 13 Menschen wurden getötet, über 200 verletzt. Viele mussten amputiert werden, wie auch beide Beine des damals 17-jährigen Dimitri. Dabei hatte der Körper seiner Freundin Gabi, die ihn zum Taxistand begleitete, die Hauptwucht abbekommen. Von ihrem Tod erfuhr er erst Wochen später. Stellvertretend sei hier nur noch die Familie P. genannt. Vater Ignaz wollte eigentlich gar nicht auf die Wiesn, ließ sich aber von seinen 5 Kindern breitschlagen. Die beiden Jüngsten starben, die anderen Familienmitglieder wurden für den Rest ihres Lebens gezeichnet. Die überlebende Tochter starb später an Drogen, die Ehe scheiterte an den psychischen Folgen des Attentats und bei der Mutter brach wegen 18 in ihrem Körper verbliebener Metallsplitter eine Krebserkrankung aus. All das ist ausführlicher und sehr eindrucksvoll im Archiv von www.hagalil.com nachzulesen.

Erwünschte Täter ...

Dem Tatort Oktoberfest geschuldet fanden sich bereits kurz nach der Explosion eine Reihe prominenter PolitikerInnen der bayerischen Staatspartei ein, die umgehend links-extremistische Terroristen als Attentäter bezichtigten. Ein Parteifreund des damaligen F.D.P.-Bundesinnenministers Baum wurde wüst beschimpft, weil Baum das Attentat durch seine »lasche« Politik mitverantworten hätte. Vierteilen und Aufhängen solle man die Täter. Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, der während der Schleyer-Entführung für Standgerichte und Todesstrafe plä-



diert hatte, behauptete am Tag danach in der BAMS: Baum habe die Sicherheitskräfte demoralisiert und »Ermittlungen im Vorfeld« verhindert, was immer das heißen sollte.

Strauß hatte einen triftigen Grund für seine Angriffe auf den liberalen Bundesinnenminister: Wenige Tage später, am 5. Oktober, war Bundestagswahl und er hatte es endlich geschafft, als Kanzlerkandidat der Unionsparteien aufgestellt zu werden. Mit einem bis zum Wahltag unaufgeklärten, irgendwelchen »Linken« in die Schuhe geschobenen Attentat im Rücken, hätte es Strauß, der Herr der Stammtische und des gesunden Volksempfindens, mit seiner polternden, polemisch-polarisierenden Art vielleicht doch noch geschafft, die wenigen Sieg entscheidenden Prozente zu erringen.

... und unerwünschte Täter

Doch das Kalkül von FJS ging nicht auf. Kommissar Zufall spuckte der CSU in die Wahlkampfsuppe. Wenige Meter vom Explosionsort wurde der Personalausweis eines Gundolf Köhlers aus Donaueschingen gefunden. Der Ausweis wurde einer stark verstümmelten Leiche zugeordnet, deren Verletzungen die Ermittler darauf schließen ließen, dass in seinen Händen die Bombe hochgegangen war.

Am nächsten Morgen wurde der 21-jährige Köhler, Geologie-Student in Tübingen, nachrichtendienstlich überprüft. Der Leiter Staatsschutz im bayerischen Innenministerium, Dr. Langemann, später von Strauß nur noch als »der Mann mit dem Dachschaden« bezeichnet, gab die brisanten Erkenntnisse sofort weiter: Köhler war als Anhänger der rechts-extremen »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSGH) gespeichert. Gerade jener von der CSU geschmähte »Unsicherheitsminister« Baum hatte die WSGH, die im Raum Nürnberg Kriegsspiele veranstaltete, im Januar 1980 verboten, während Strauß und sein Innenminister Tandler die Gruppierung immer als harmlose Spinner abgetan hatten.

Köhler blieb nicht die einzige Verbindung zur WSGH. Im Oktober 1980 sprach ein Barkeeper in Damaskus den »Kameraden« Walter Behle auf das Oktoberfest-Attentat an. Darauf Behle: »Das waren wir selbst.« Später wurde die

Äußerung von den Ermittlern als »alkoholbedingte Aufschneidereien« ad acta gelegt. So einfach kann man es sich machen, wenn es ins Konzept passt. Im August 1982 läuft ein anderer WSGH-»Kamerad«, Stefan Wagner, in einem Vorort von Frankfurt am Main Amok. Bevor er sich erschießt, gesteht er einem Nachbarn: »Ich war bei der Aktion gegen das Oktoberfest in München dabei.« Die Ermittler setzen dagegen, dass Wagner für den 26.9.1980 ein Alibi hätte. Ein hoher BKA-Beamter widerspricht dem. Es ist schon erstaunlich, mit welcher akribischer Sorgfaltspflicht die Behörden die Unschuld zweier Neo-Nazis, von denen sogar Geständnisse vorlagen, nachzuweisen versuchten. Als gelte es, die »Kameraden« vor sich selbst zu schützen. Wie hätten sich die Ermittler wohl bei gleicher Sachlage im Falle von RAF-Mitgliedern verhalten? Da genügte oft schon irgendein Fingerabdruck in irgendeiner »konspirativen Wohnung«, um wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« eine hohe Haftstrafe zu bekommen. Im Dezember 1980 tötete übrigens ein weiterer WSGH-»Kamerad«, angeblich im Auftrag Hoffmanns, in Erlangen einen jüdischen Verleger und dessen Lebensgefährtin – soviel zu den »harmlosen Spinnern«.

Es lagen also nicht nur Selbstbezeichnungen einer Attentats-Beteiligung von zwei WSGH-Anhängern vor. Zahlreiche ZeugInnen hatten Beobachtungen gemacht, die einer Einzeltäterschaft widersprechen. Zeugin H. sah das Auto, in dem Gundolf Köhler am 26.9.1980 zum Oktoberfest fuhr, bereits am Sonntag davor in München. In dem Wagen saßen vier Männer, davon einer Gundolf Köhler ähnlich, und eine Frau. Außerdem begleitete sie ein Motorradfahrer, der später auch von einem weiteren Zeugen gesehen wurde. Der bereits erwähnte Zeuge B. sah Köhler kurz vor der Explosion im Gespräch mit zwei Männern in Parkas. B. litt nach dem Attentat an Angstzuständen und starb schon 1982 mit 38 Jahren. Zeugin W. sah zwei Personen über den Papierkorb, in dem die Bombe Sekunden später hochging, gebeugt. Sie zerrten an etwas Weißem, wahrscheinlich der Tüte. Dann ein Lichtschein, aus dem eine Person herauslief. Schließlich erfolgte ein wahnsinniger Knall. Wenig später beobachtet die Zeugin L. dicht neben der Leiche Köhlers zwei junge Männer, von denen einer außer sich war und immer wieder schrie: »Ich wollt's nicht! Ich kann nichts dafür! Bringt's mich um!«

Die Zeugenaussagen ergänzen sich und sprechen für die Tatbeteiligung zweier weiterer Personen. Doch alle Aussagen wurden letztendlich zugunsten der Alleintäterschaft Köhlers beiseite gewischt. Nie wurden den Zeugen Bilder von WSGH-Anhängern gezeigt.

Denn die Ermittler verfolgten zielstrebig ein ganz anderes Konzept. Von dem Moment an, als ein rechtsextremistischer Hintergrund des Attentäters feststand, sollte der Ball wohl ganz, ganz flach gehalten werden. Grund dafür waren vielleicht die jetzt peinliche Verharmlosung der WSGH durch die bayerische Staatsregierung oder die Reaktion aus dem Ausland, die bei neo-nazistischen Umtrieben in der BRD erfolgte. In rechtskonservativen Kreisen gilt die Aufklärung

solcher Taten bis heute als »Nestbeschmutzung«. Und siehe da, in den Abschlussberichten vom LKA Bayern und der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe werden politische Motive Köhlers sogar eher ausgeschlossen. Plötzlich wird alles ins rein Persönliche und Private verlegt: Enttäuschung als Zeitsoldat, Versagen bei der Führerscheinprüfung, kein Erfolg bei Frauen und im Studium. Deshalb jagt man also 12 Menschen in die Luft. »Kronzeuge« für diese bizarre Sicht der Dinge wurde ausgerechnet jener Freund Köhlers, dem nach Aussagen anderer ebenfalls rechtsradikale Tendenzen nachgesagt werden. Ein weiterer Freund, von den Ermittlern als »psychisch krank« eingestuft, berichtet von mehreren Unterhaltungen der drei über mögliche Anschläge. Kein Wunder also, dass der »Kronzeuge« systematisch davon abzulenken versuchte, um nicht in den Verdacht der Mittäterschaft oder Mitwisserschaft zu geraten. Doch da machte er sich unnötig Sorgen, denn seine Darstellung Köhlers als total gescheitertem Versager kam den Ermittlern genau entgegen. Da ist es auch konsequent, dass bis heute die Inschrift der Gedenksäule für die Opfer des Anschlags den rechtsextremen Hintergrund der Tat ausspart. Überhaupt hat sich das Interesse der Öffentlichkeit an der Tat bis heute in Grenzen gehalten. Es gibt nur eine umfangreichere, sehr empfehlenswerte Dokumentation (»Oktoberfest. Ein Attentat«), die der Münchner Journalist Ulrich Chaussy 1985 vorlegte. Heute beklagt Chaussy die leeren Versprechungen von PolitikerInnen, den Fall neu aufzurollen.

Neue Erkenntnisse?

Doch 25 Jahre nach dem Attentat ist noch einmal Bewegung in die Sache gekommen. Nach Aussagen des früheren italienischen Ministerpräsidenten Adreotti, für viele ein Protegé der Mafia, zeichnete die rechtsextreme Geheimorganisation »Gladio« für den verheerenden Bombenanschlag im Hauptbahnhof von Bologna im August 1980 und andere Attentate verantwortlich. Ziel war es, die Anschläge »den Roten« in die Schuhe zu schieben und »die Massen« gegen sie aufzuhetzen, so dass z.B. ein Verbot der damals starken KP Italiens, die kurz vor einer Regierungsbeteiligung stand, durchsetzbar gewesen wäre. Andreottis Eingeständnisse bewegten einige Länder dazu, Untersuchungskommissionen einzusetzen, unter anderem die Schweiz. Dr. Daniele Ganser von der ETH Zürich hat seine Erkenntnisse in dem bisher nur auf Englisch erschienenen Buch »Nato's Secret Armies« zusammengefasst. Danach hat die Nato Organisationen und umfangreiche Waffenlager finanziert, die bei einem Angriff des Warschauer Paktes hinter den Feindlinien bei Guerilla-Aktionen zum Einsatz kommen sollten. Außerdem wurden Aktionen durchgeführt, um die Öffentlichkeit zu manipulieren und deren Ruf nach autoritären Maßnahmen zu verstärken. In diesen Zusammenhang bringt Ganser auch den Anschlag auf das Oktoberfest. Die Alleintäterschaft Gundolf Köhlers ist also ein weiteres Mal in Frage gestellt.

von David Shiva

Bilderwelten im Kopf – Interdisziplinäre Zugänge

Ob wir uns unterhalten lassen oder uns informieren, ob wir lernen oder arbeiten – Bilder sind vielfach und vielgestaltig präsent. Die Frage, wie Heranwachsende sich Bilderwelten aneignen, was also beim Fernsehen oder beim Computerspielen geschieht, hat entsprechend hohes Gewicht für pädagogisches Handeln. Die Fachtagung »Bilderwelten im Kopf« will diese Frage aus interdisziplinärer Perspektive beleuchten. Der Blick von Medienpädagogik, Neurowissenschaft, pädagogischer Psychologie und Entwicklungspsychologie auf die Aneignung von Bilderwelten soll die Debatte um mediale Welten, in denen Heranwachsende heute zu Hause sind, versachlichen. So können populistische Interpretationen entkräftet und die Erfordernisse und Chancen pädagogischer Intervention und Prävention verdeutlicht werden.

Veranstalter: JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis • Bundeszentrale für Politische Bildung • Bayerische Landeszentrale für neue Medien

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Termin: 04.11.2005, 11.00 - 18.00 Uhr

Veranstaltungsort: Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) in München

Information: www.jff.de/bilderwelten

Anmeldung: jff@jff.de, Fax: 0 89-68 98 91 11

Dr. Azubi: Hilfe bei der Ausbildung

Die DGB-Jugend hat ein »Schwarzbuch Ausbildung« herausgegeben, in dem im O-Ton Missstände beschrieben sind, mit denen Auszubildende täglich konfrontiert werden. Alle Fälle kommen aus der Online-Beratung des DGB, einem Forum, das Fragen von Auszubildenden offen steht. Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es bei Problemen Beratungen per E-Mail. Fälle von Diskriminierungen finden sich im Forum bisher nicht. Der Schwerpunkt der Fragen bewegt sich um Rechtliches (z.B. »Muss ich sonntags arbeiten?«), aber auch bei Mobbingfällen besteht Beratungsbedarf. Oft werden ganz praktische Tipps bei Ausbildung und der Ausbildungsplatzsuche diskutiert. Dabei antwortet nicht nur Dr. Azubi, sondern auch Auszubildende berichten von ihren Erfahrungen.

www.dr-azubi.de

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II

Unter dem Stichwort »Hartz IV« ist das SGB II in aller Munde. Für einen Teil der Arbeitslosen bringt dieses Gesetz erhebliche Verschlechterungen. Insbesondere frühere Arbeitslosenhilfeempfänger müssen – wegen der scharfen Anrechnung von Einkommen – mit noch weniger Geld auskommen.

Das hastig zusammengeschusterte Gesetz ist vielfach schwer handhabbar. Zahlreiche

Dies und Das

Rechtsfragen lassen sich kaum oder nur über gewagte Hilfskonstruktionen lösen. Es zeichnet sich ab, dass einige Regelungen nur kurz Bestand haben werden. So soll die Anrechnung von Einkommen auf das Arbeitslosengeld II vereinfacht und verbessert werden.

Der vom Arbeitslosenprojekt »TuWas« der Fachhochschule Frankfurt am Main herausgebrachte »Leitfaden zum Arbeitslosengeld II« behandelt viele der in der Praxis aufgetauchten Probleme; dabei werden die ersten Entscheidungen von Sozialgerichten einbezogen. Umfassend werden die häufig vernachlässigten Fragen zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung dargestellt. Das Buch ist verständlich geschrieben und angesichts eines Umfangs von fast 500 Seiten und zweifarbigem Druck preiswert. Es kostet 9 Euro (versandkostenfrei) und ist zu beziehen über:

Fachhochschulverlag

Der Verlag für angewandte Wissenschaften

Kleiststr. 31 • 60389 Frankfurt

Tel.: 0 69-15 33 28 20 • Fax: 0 69-15 33 28 40

bestellung@fhverlag.de • www.fhverlag.de

Aggression und Autoaggression bei Mädchen und jungen Frauen:

Ritzen – Schnippeln – Beschneiden

Mädchen, die sich die Arme und Beine aufritzen oder auf vielfältige Art verletzen bis das Blut fließt, bringen PädagogInnen oft an ihre Grenzen. In die von den Mädchen erlebte Spirale der Gewalt und der Verletzungen gehören Verstümmelungen und traumatisierende Verletzungen zu den Gewalterfahrungen von Außen. Die Fortbildung will Mut machen, sich mit den Tabuthemen Blut, Verstümmelung, Selbstmord, Tod zu beschäftigen. Sie gibt Hilfestellungen nach dem Moment des Schocks bzw. Ekels. Es werden Möglichkeiten des Handelns bei aggressiven und autoaggressiven Mädchen/jungen Frauen aufgezeigt, die Mädchen zu begleiten und aus chronischen oder akuten Krisen herauszuhelfen. Dazu werden Hintergründe geklärt, Dynamiken aufgedeckt und Methoden der Deeskalation vermittelt. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Gefühlen wird angeregt und begleitet.

Diese Fortbildung ist ein Modul für die zertifizierte Weiterbildung in geschlechtsspezifischer Gewaltprävention mit Mädchen und jungen Frauen.

Termin: 03.11. - 05.11.2005

Kosten: 210 Euro

Anmeldeschluss: 04.10.2005

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

[e-mail: kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

Geschlechtsspezifische Gewaltprävention mit Jungen Konfrontative Pädagogik mit muslimischen Jungen

Erfahrungen in der Jugendhilfe zeigen, dass in bestimmten Kontexten der permissiv-nachsichtige Stil bei männlichen Jugendlichen aus muslimisch/arabischen Kulturen nicht hilfreich ist. Besonders weibliche Pädagoginnen haben im Umgang mit dieser Zielgruppe einen schweren Stand. Den Jungen werden häufig zu wenig oder zu spät Grenzen gesetzt. Oder die Art der Grenzsetzung wird nicht akzeptiert.

In dieser Fortbildung wird der Weg einer konfrontativen Pädagogik vermittelt, um eine alternative Handlungsmethode mit vielseitig einsetzbaren Elementen anzubieten. Gruppenarbeit, körperbetonte Übungen, Filme zum Thema und Theorie-Inputs werden wechselnd eingesetzt.

Termin: 09.11. - 11.11.2005

Kosten: 170 Euro

Anmeldeschluss: 11.10.2005

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

[e-mail: kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

Lernen mit Herz und Verstand – eine Kreuzfahrt durch das Meer der Bildung

Das ist das Motto des diesjährigen Kongresses der Deutschen Gesellschaft für suggestopädisches Lehren und Lernen, der vom 01. - 03. Oktober in Stuttgart stattfindet.

Namhafte TrainerInnen, Lernende, Lehrende, begeisterte, entwickelnde und vor allem handelnde Menschen wollen diesen Kongress zu einem unvergesslichen Lernerlebnis gestalten. ExpertInnen aus Schule, Training, Wirtschaft geben die Zutaten mit ihren einzelnen Workshops. Teilnehmende sammeln Input, tauschen sich aus, reflektieren gemeinsam. Es wird Platz sein für Lernen in allen Facetten, Platz für sich selber, für neue Kontakte, fürs Netzwerken und Gemeinsames.

Programm und Anmeldung:

DGSL-Geschäftsstelle • Ingrid Dietl

Poigenberger Str. 1 • 85669 Pastetten

Tel.: 0 81 24-44 41 11 • Fax: 0 81 24-44 41 12

[E-Mail: info@dgs.de](mailto:info@dgs.de) • www.dgs.de

5. Interdisziplinärer Fortbildungskurs zur Lese-Rechtschreibschwäche

Die Bentheim-Akademie Würzburg (bentheim bildung e.V.) in Verbindung mit der Universität Würzburg und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus laden wiederum zu einem Interdisziplinären Fortbildungskurs zur Lese-Rechtschreibschwäche im Schuljahr 2005/2006 ein. Der Kurs richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer (Grund- und Hauptschulen und Förderschulen),

deren Schülerinnen und Schüler konkrete Probleme im Schriftspracherwerb haben. Er will besonders die Fehleranalyse, die Fehlerinterpretation, der LRS vorbeugende und den Schriftspracherwerb begleitende Fördermaßnahmen in den Mittelpunkt stellen.

Ziele des Kurses: • Vermittlung berufsrelevanter Kompetenzen im Umgang mit lese-rechtschreibschwachen Kindern, besonders hinsichtlich des Zusammenhangs von Lernschwierigkeiten und »unauffälligen Verhaltensauffälligkeiten«, • Anleitung zu teilnehmender Beobachtung • Einübung in die Analyse von Verlesungen und Verschreibungen • Vorstellung praktischer und zugleich theoretisch begründeter Verfahren zur Unterstützung des Schriftspracherwerbs • Vermittlung von Beratungskompetenz im Umgang mit Eltern und anderen Angehörigen.

Der Veranstalter (bentheim bildung e.V.) arbeitet in dieser Fortbildung eng zusammen mit der Universität Würzburg.

Dies und Das

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie die Regierungen fördern die Fortbildung durch teilweise Unterrichtsbefreiung sowie durch finanzielle Zuschüsse an den Veranstalter.

Weitere Informationen und Anmeldung:

Bentheim Bildung e.V.

Ohmstraße 14 • 97076 Würzburg

Tel.: 09 31-2 30 09-23 96

Fax: 09 31-2 30 09-23 90

E-Mail: ursula.fabrig@bentheim-bildung.de

www.bentheim-bildung.de

Auf dem Weg ins Sozialparadies – Mitwirkung/Teilhaber/Partizipation an einer Gesellschaft ohne Erwerbsarbeit
Dieses Thema steht im Zentrum der 3. Tölzer HirnTagen vom 29. - 30. September 2005, einem Symposium von Fachleu-

ten der NeuroPsychologie, Psychiatrie und beruflichen Rehabilitation.

Arbeit kann Therapeutikum und Garant für Teilhabe sein. Unsere Gesellschaft scheint davon immer weniger anzubieten. Gruppen am Rande – wie zentral verletzte bzw. behinderte Menschen – sind davon als erste betroffen. Sind sie deshalb Pioniere für die Sinnfindung in dieser neuen Situation?

ExpertInnen und Fachleute werden referieren und sich in vier Themenblöcken zur interdisziplinären Diskussion stellen:

• Wiederbefähigung, Eingliederung und gesellschaftliche Verantwortung • Wertvoll ohne Erwerbsarbeit? Arbeit als Taktgeber, Sinngabe, Grenzgeber • Pioniere einer Gesellschaft ohne Erwerbsarbeit • Visionen-Workshop für eine Kultur der Aktivität
Programm und Anmeldung (bis spätestens 12. September):

www.rehazentrum-isarwinkel.de

E-Mail: nre@rehazentrum-isarwinkel.de

Fax: 0 80 41-76 64 98 oder 76 63 03

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien AjuM



- Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW steht für Leseförderung in den Bildungseinrichtungen. Sie setzt die seit 1893 bestehende Arbeit der damaligen Jugendschriftenausschüsse (VJA) in der Deutschen Lehrerschaft fort und passt sie ständig modernen pädagogischen Bedürfnissen an. Sie hat einen hohen Stellenwert im Bildungskonzept der GEW.
- Die AjuM unterhält Landesstellen in den Bundesländern. Ihre Arbeit wird von einem Gesamtvorstand koordiniert, der dem Hauptvorstand der GEW, Vorstandsbereich Schule zugeordnet ist.
- Wichtigste Aufgabe der AjuM ist die Beratung von KollegInnen im Bereich Jugendliteratur und Medien sowie Schulbibliothek/Mediothek. Hier werden Modelle entwickelt und diskutiert. Jährlich erstellen die rund 1000 KollegInnen der AjuM mehr als 10.000 Beurteilungen von Kinder- und Jugendliteratur und Medien, die ihren Niederschlag in Katalogen, Fachzeitschriften und in der Datenbank www.ajum.de mit Suchfunktionen zu Kinder- und Jugendbüchern finden.
- Die AjuM vergibt monatlich den LesePeter für ein herausragendes Kinder- oder Jugendbuch.
- Die AjuM veranstaltet Fortbildungsseminare zur Kinder- und Jugendliteratur und zur Leseerziehung.
- Die AjuM richtet im Auftrag der GEW und ihrem Bildungs- und Förderungswerk (BFW) den Heinrich-Wolgast-Preis für Kinder- und Jugendliteratur zur Arbeitswelt aus.

Beiträge Jugendliteratur und Medien zusammen mit Schulbibliothek aktuell

Die von der AjuM herausgegebene Zeitschrift (ISSN 0943-2795) erscheint vierteljährlich im Juventa-Verlag. Jedes Heft bietet Beiträge zu einem Schwerpunktthema und Artikel zur Kinder- und Jugendliteratur in allen medialen Formen sowie zu didaktisch-methodischen Fragen. Einschlägige Rezensionen zur Kinder- und Jugendliteratur und ihrer Didaktik sowie Artikel zum Thema Schulbibliothek runden jedes Heft ab.

Bezugsbedingungen und Preise: Jedes Einzelheft kostet 11 Euro, das Jahresabonnement 35 Euro zzgl. Versandkosten.

Zusätzlich zu den 4 Einzelheften erscheint jährlich ein Beiheft, das den Abonnenten zu einem ermäßigten Preis mit Rückgaberecht geliefert wird. Lieferbare Beihefte: Nr. 10/1999 Malte Dahrendorf (Hrsg.) Der Holocaust in der Kinder- und Jugendliteratur. 13 Euro ■ Nr. 11/2000 Gudrun Stenzel (Hrsg.) Vom Papiertheater zum Computer. 13 Euro ■ Nr. 12/2001 Steffen Peltsch (Hrsg.) Wende-Punkte. 14,50 Euro ■ Nr. 13/2002 Petra Josting/Gudrun Stenzel (Hrsg.) Auf heißer Spur in allen Medien (Kinder- und Jugendkrimis zum Lesen, Hören, Sehen und Klicken). 14,50 Euro ■ Nr. 14/2003 Niels Hoebbel (Hrsg.) Schulbibliotheken. Planung, Aufbau, Verwaltung und Nutzung. 13 Euro ■ Nr. 15/2004 Petra Josting/Gudrun Stenzel (Hrsg.) Wieso, weshalb, warum? Sachliteratur für Kinder und Jugendliche. 21 Euro

Bezugsadresse: Über den Buchhandel oder Juventa-Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim, E-Mail: juventa@t-online.de

Materialien und Publikationen zu Jugendliteratur und Medien

In der Schriftenreihe »GEW Materialien Jugendliteratur und Medien« (ISSN 0930-7877) werden wechselnde Schwerpunktthemen bearbeitet, die Hilfestellung für die pädagogische Praxis bieten.

Folgende Materialienhefte sind zur Zeit lieferbar: Heft 41: Jugendliteratur als Gesprächsanlass zur Suchtprävention ■ Heft 42: Zur Diskussion gestellt: GEW und Leseförderung ■ Heft 43: Schreiben-Lesen-Schreiben: Schreiben – auch eine Methode zur Leseförderung ■ Heft 44: Jugendliteratur zur Arbeitswelt. Der Heinrich-Wolgast-Preis 2002 ■ Heft 45: Jugendliteratur im Internet – Rezensionsarbeit am PC/Richtlinien Beurteilungsarbeit ■ Heft 46: Gewalt in Kinder- und Jugendmedien. Ursprung, Ausprägung, Prävention ■ Heft 47: Literatur macht Theater – Fortbildung 2004 ■ Heft 48: AjuM – Vom LesePeter zum Internet. Die Arbeit der AjuM ■ Heft 49: Im Zeichen des Halbmonds – Kinder- und Jugendliteratur aus islamischen Ländern und von Migrantenauteuren ■ Heft 50: Jugendliteratur zur Arbeitswelt. Der Heinrich-Wolgast-Preis 2005 für »Der Ball ist rund« (Text: Thomas Ahrens, GRIPS Theater Berlin) und Empfehlungsliste zum Thema Arbeitswelt.

Bezugsadresse: GEW Hauptvorstand, Vorstandsbereich Schule, Edda Bühler, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt/M.

AjuM Bayern • Wolfgang Kirschner • 1. Vorsitzender • Eberhard-Faber-Str. 43 • 92318 Neumarkt • Tel./Fax: 0 91 81/2 00 58

Freinet-Herbsttreffen vom 14. - 16.10.2005

auf Burg Hoheneck zum Thema

Mittelalter und Youngsters - Freinet für alle!

Themenwünsche: • mittelalterliche Kleidung für alle • mittelalterliche Instrumente und Lust zum Musizieren • Tänze aus dem Mittelalter • Pädagogik im Mittelalter und Freinet • mittelalterliche Methoden im bayerischen Schulalltag

Infos und Anmeldung: Susa Wolf Tel.: 09 11/7 23 44 40
E-Mail: susawolf@gmx.net

Einladung zur Klausurtagung der Landesfachgruppe Berufliche Schulen am 7./8. Oktober 2005 in Niederpöcking DGB-Bildungszentrum am Starnberger See

Beginn: 7. Oktober um 16:00 Uhr Ende: 8. Oktober um 14:00 Uhr

Themen:

- Bericht von der Bundesfachgruppe
- Bericht vom Netzwerk Berufsbildung
- Arbeitszeitkonto
- Prüfungstätigkeiten und Poolstunden
- Lernfelder – Positionflugblatt
- Büchergeld
- Ausbildungsstellensituation
- Veranstaltung »Benachteiligte Jugendliche«
- Perspektiven der Fachgruppe (Vorbereitung einer thematischen Veranstaltung, Planung einer Wahlversammlung, Mitgliederwerbung)
- Personalratswahlkampf (Vorbereitung von Listen für die staatlichen Berufsschulen)

Hinweis:

Da die GEW nur einen Zuschuss in Höhe von 90 Euro je Teilnehmer zahlt, beträgt der Eigenbeitrag 3 Euro plus Fahrtkosten. Für die Fahrtkosten schlagen wir einen solidarischen Ausgleich vor.

Anmeldungen bitte an:

Erwin Saint Paul • Balanstr. 29 • 81669 München
Tel. 0 89/4 48 86 72 • E-Mail: ESaintpaul@t-online.de



Jahresseminar der AG Perspektiven in der GEW Bayern

am 14./15.10.2005

Freitag 18.00 Uhr bis Samstag 16.00 Uhr

Akademie Schönbrunn, Markt Indersdorf

Ein neuer Arm?

Effekte der vorgezogenen Bundestagswahl für Gewerkschaften und die neuen sozialen Bewegungen

Hauptreferent: Klaus Bullan, GEW-Vorsitzender Hamburg

Aufbruchstimmung berechtigt?

Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Linke in Deutschland – Talkrunde mit Klaus Bullan, Hamburg und Kornelia Möller, Linkspartei, Bayern. Moderation H. Elas

• außerparlamentarische und parlamentarische Ebene • Möglichkeiten und Grenzen eines »parlamentarischen Armes« • die Linke: gespalten oder gebündelt

Kampf gegen Windmühlen und Leuchttürme

Hamburger Erfahrungen mit der Politik des Sozial- und Bildungsabbaus auf dem Weg zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« und die Krise in den Gewerkschaften

Ja, wo laufen sie denn?

Kurzberichte vom »Stand« der Bewegungen

• Einzelgewerkschaften, Gremien • Vernetzung der Gewerkschaftslinken
• Globalisierungskritische Bewegung/Attac • Erstes Sozialforum, Erfurt

Ansätze und Perspektiven linker Gewerkschaftspolitik

Anmeldung bis 23.9.05 bei Hans Elas:

Tel.: 0 80 81/39 87 Fax: 0 80 81/95 57 97

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband München

- die münchner bildungsgewerkschaft -



Mitgliederversammlung Donnerstag, 6.10.2005 19.00 Uhr Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Eröffnung • Wahlen: Präsidium, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, Landesdelegierte, Vorstandsmitglieder, RevisorInnen, Schiedskommission • Berichte: Vorstand, Schatzmeister, RevisorIn, Mandatsprüfungskommission. Aussprache • Anträge: (Antragsschluss: 22.09.05) Entlastung des Vorstandes. • Sonstige Wahlen: Vorstand Schiedskommission, Revision • Referat • Diskussion • Verschiedenes
Ende: spätestens 22.00 Uhr

Referat:

Die Grundirrtümer des Neoliberalismus von Conrad Schuhler, isw

- Irrtum Nr. 1: Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig, weil Löhne und Sozialstaat zu teuer sind.
Irrtum Nr. 2: Kosten senken, alle Märkte deregulieren – dann gibt es weder ein Absatz- noch ein Beschäftigungsproblem.
Irrtum Nr. 3: Das hohe Niveau der sozialen Absicherung verhindert marktgerechte Löhne und führt so zur Arbeitslosigkeit.
Irrtum Nr. 4: Die Globalisierung erhöht den Wohlstand aller Nationen und hilft, die Teilung der Welt in Arm und reich zu überwinden.

Wer sich bis 22.09.2005 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.
Weitere Infos unter www.gew-muenchen.de

Bayerisches
Seminar
für Politik
e.V.
Oberanger 38/1, 80331 München

Die GEW-Landesfachgruppe Erwachsenenbildung lädt ein:

Die Realität des Zuwanderungsgesetzes

Integrationsmaßnahmen und die Folgen für die Betroffenen

Seminar am 7. - 8. Oktober 2005
im Haus Buchenried in Berg-Leonil/Starnberger See

Am 1. Januar 2005 ist das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Neu geregelt wurden damit auch Maßnahmen, die der Integration von MigrantInnen dienen, insbesondere Deutschkurse. Neben einer Präzisierung der Anspruchsvoraussetzungen wurden u.a. die Anzahl der Stunden verringert, in denen die deutsche Sprache erlernt werden muss, und die Mittel für die Träger der Deutschkurse reduziert. Dies alles hat Auswirkungen auf die Betroffenen selbst, die Deutsch innerhalb kurzer Zeit erlernen müssen, und auf die Träger der Maßnahmen und die bei ihnen beschäftigten Lehrkräfte auf Honorarbasis, die mit geringeren Mitteln gute Arbeit leisten und die TeilnehmerInnen zum Zertifikat führen sollen.

Die Erfahrungen, die mit diesen Neuregelungen im Zuwanderungsgesetz in den ersten Monaten gemacht wurden, sollen bei diesem Seminar mit VertreterInnen der MigrantInnen, der Träger und der betroffenen Honorarkräfte zusammengetragen und eingeschätzt werden. Die Ergebnisse sollen anschließend mit verantwortlichen PolitikerInnen erörtert und weitere Schritte geplant werden.

Im Anschluss an das Seminar findet die Sitzung der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung statt.

Anmeldeschluss: 16. September 2005

Anmeldung bei der GEW: Tel. 0 89-5 44 08 10, Fax: 0 89-5 38 94 87,

E-Mail: info@bayern.gew.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im September Geburtstag feiern, ganz besonders

Friedrich Konrad, Altdorf, zum **84.**
Praxedis Aehlig, Deisenhofen, zum **83.**
Werner Hübner, Fürth, und
Alwin Sandmaier, Augsburg, zum **78.**
Erika Stanka, Treuchtlingen, zum **71.**
Irmgard Schäfer, München, zum **70.**

sowie zum **65.**

Elke Funke, München,
Gerlinde Koemstedt, Memmingen,
Gudrun Rabien, Nürnberg,
Walther Weck, München, und
Albrecht Wilhelm, Kollnburg.

Herzlichen Dank

sagen wir allen,
 die der Gewerkschaft
 seit vielen Jahren die Treue halten.
 Im Juli und August
 gilt unser Dank ganz besonders

Elfriede Bode, München, für **55 Jahre** Mitgliedschaft,
Rita Mannes, Neu-Ulm, für **54 Jahre** Mitgliedschaft,
Hans Limmer, München, für **45 Jahre** Mitgliedschaft,
Hans-Wolfhard Grabo, Weilheim, für **40 Jahre** Mitgliedschaft,
 sowie **Birgit Hesse-Kalafatis**, Ingolstadt,
Elke Völkman, München,
Ernst Friedlein, Haag,
Karlheinz Fritz, München,
Ernst Gründl, Wurmansquick,
Erhard Hanauer, Neunkirchen,
Herbert Langen, Landsberg, und
Dieter Pfeifer, Bamberg, für **35 Jahre**.



Interessante Veranstaltungen ab September 2005

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

11.09.05	Das Kreuz (mit) der Wahl: Wider die herrschende Leere. Neue Perspektiven f. Politik u. Wirtschaft. Diskussion mit PolitikerInnen. Moderation: Stephan Hebel, FR, Verant: Leserinitiative Publik e.V.	Diskussions- veranstaltung	München-Trudering Kultur- und Bürgerhaus 15.00 Uhr
14.09.05	Offene Unterrichtsformen: Werkstattunterricht. Praxisorientierte Einführung mit Eleonore Bürger-Fäth + Christiane Weyel	Infoabend	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
01.-03.10.05	Der TVöD und seine Auswirkungen auf Ausbildung, Ein- gruppierung und tariflichen Status u.v.m.	Klausur Landesfach- gruppe Soz.-Päd.	Kallmünz/Opf.
05.10.05	Bildungsbaustellen in Bayern (4): LehrerInnenausbildung – Bildung á la Bolognese. Mit Gerd Köhler, GEW-Hauptvorstand	Infoabend	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
06.10.05	Die Grundirrtümer des Neoliberalismus. Mit Conrad Schuhler vom isw, München (mehr Infos s. 22)	Mitgliederversamm- lung mit Wahlen	München DGB-Haus, 19.00 Uhr
07.-08.10.05	Die Realität des Zuwanderungsgesetzes * Integrationsmaßnahmen und die Folgen für MigrantInnen, Honorar- kräfte und Träger (mehr Infos s. 22)	Seminar	Berg/Leoni Haus Buchenried
10.-14.10.05	Teamarbeit und Arbeitsaufteilung im Betriebsrat. Einbeziehung der Belegschaft in die Betriebsratsarbeit. */**	BR-Seminar	Niederpöcking DGB-Bildungszentrum
14.-15.10.05	Ein neuer Arm? * Effekte der vorgezogenen Bundestagswahl für Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen. Hauptreferent: Klaus Bullan, Vorsitzender GEW Hamburg (mehr Infos s. Seite 22)	Jahresseminar der AG Perspektiven	Markt Indersdorf Akademie Schönbrunn
18.-19.10.05	Neumitgliederseminar: Politik, Programm und Personal der GEW kennen lernen *	Seminar	Kallmünz/Opf.

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
 GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com
 ** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag,
19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew.muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA der LMU, danach ab 22.00 Uhr Stammtisch im EineWeltHaus
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat,
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,
Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Untertal/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien),
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

www.bayern.gew.de • www.bayern.gew.de • www.bayern.gew.de • www.bayern.gew.de



Privatklinik für psychologische Medizin
mit Fachabteilung für Essstörungen

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Info-Telefon
07221/39 39 30

Von hier an geht es aufwärts!

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/3939350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Ausbildung in Suggestopädie

MoCep teacher training institut
motivierend – kreativ – effektiv – positiv

Ingrid & Dr. Ernst Assmann • Alte Poststr. 37 • 85156 Freising

Die nächste Ausbildungsreihe für Lehrende
aller Art und aller Bereiche:

Kreatives, ganzheitliches Methodiktraining für Unterricht,
Training und Ausbildung Suggestopädie
AL Accelerated Learning nach den IAL & DGSL-Richtlinien

Die Ausbildung beginnt am 31. Oktober bis 4. November 2005
immer 9 - 17:00 Uhr in Freising

Nachfolgewochenenden:
jeweils Frei 17 - 21:00 Uhr, Sa. & So. 9 - 17:00 Uhr:
2.-4. Dezember 2005, 13.-15. Januar 2006,
Zertifizierungswochenende 17.-19. Februar 2006

Info: E-Mail: ingassma@aol.com; www.ingrid-assmann.de
Tel.: (0 81 61) 6 78 90